

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 10

Viola Neu

Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen

Sankt Augustin, August 2000

Redaktionelle Betreuung: Hannelore Meyer

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

Inhalt

1. Die PDS am Scheideweg?	2
2. Die West-PDS oder: Die Geister, die sie rief...	4
3. Die Wahlergebnisse der PDS: Bund, Länder, Kommunen	8
4. Die Mitglieder der PDS	16
5. Das Wählerpotenzial der PDS im Westen	18
5.1 Die PDS im Westen: Konkurrenz für SPD und Grüne oder nur eine Anknüpfung an die „Wahlerfolge“ der kommunistischen Parteien?	19
5.2 Schlussfolgerung: Die Wahlsaussichten der PDS im Westen	24
6. Die Sozialstruktur der PDS-Wähler	25
6.1 Alter und Geschlecht	25
6.2 Die sozioökonomische Lage	30
6.3 Kirchen- und Gewerkschaftsbindung	38
6.4 Zusammenfassung: Besonderheiten der Sozialstruktur	40
Einstellungsmuster der PDS-Anhänger	40
Schlussfolgerung	44
Literaturverzeichnis	47
Die Autorin	50

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

Viola Neu

Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen

1. Die PDS am Scheideweg?

Die PDS hat 2000 zum ersten Mal seit der Umbenennung (SED) einen Parteitag im Westen abgehalten. Falls sie damit ihren Anspruch demonstrieren wollte, im Westen angekommen zu sein, blieb dieser mehr als unglaubwürdig. Nicht nur weil der Parteitag für die PDS zwei überraschende Ergebnisse brachte: die empfindliche Abstimmungsniederlage des Parteivorstandes in der Frage militärischer Interventionen (friedenspolitischer Antrag), der keine Mehrheit fand und die angekündigten Rücktritte von Lothar Bisky vom Parteivorsitz und von Gregor Gysi vom Fraktionsvorsitz. Unglaublich bleibt dieser Anspruch außerdem, weil die PDS im Westen und ihr der Westen fremd ist und sie keine Strategien entwickelt, ihre schwache Stellung in den alten Ländern aufzubrechen. Aufgrund des – allerdings sehr schwachen - Abschneidens der PDS bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 1999, bei denen sie in einzelnen Gemeinden in Kommunalparlamente einziehen konnte, hofft die PDS auf eine Erneuerung durch die Kommunen. Doch auch diese Strategie erscheint eher wie das Singen im dunklen Wald.¹

Als Hauptergebnis des Münsteraner Parteitages steht die PDS jetzt vor der Frage, welchen Weg sie einschlagen wird. Die Frage der Neuorientierung der PDS hat drei Facetten: Welchen personellen Kompromiss kann sie der Partebasis anbieten, welchen programmatischen Neuanfang kann sie der Basis abringen und welche langfristigen Chancen ergeben sich hieraus. Unzweifelhaft wird die PDS auf dem für Oktober in Cottbus einberufenen Parteitag eine wegweisende Entscheidung treffen müssen, von der die Überlebensfähigkeit der PDS in Zukunft abhängt. Ob sie die Defizite des Münsteraner Parteitages beheben kann, die die PDS in ihrer Selbstanalyse als „gravierende strategische, programmatische und konzeptuelle“ charakterisiert², bleibt offen. Auch die Frage ob der innerparteiliche Machtkampf zu einem Richtungswechsel

¹ Neues Deutschland, 18. Mai 2000, Respektierte Außenseiter. Seit Jahren leistet die Marburger PDS kommunalpolitische Pionierarbeit

² Neues Deutschland, 30. Mai 2000, Bekenner, Dulder und Gegner: Dietmar Bartsch: Wenn die Partei ihre Chancen behalten will, braucht sie einen anderen Politikstil

(„Reformismus“ gegen antikapitalistische Systemopposition)³ führt wird sich nach dem Parteitag abzeichnen.

Die PDS selbst sieht sich vor schicksalhafte Entscheidungen gestellt, da durch das „Aufbrechen ernster Grundkonflikte in Verfasstheit und Praxis“⁴ auch der bisherige modus vivendi ins Wanken gerät. Allerdings ist fraglich, ob die sogenannten Erneuerer ihren Reformanspruch nicht schon längst aufgegeben haben. Der von Michael Brie formulierte Kompromiss der „ständig neu herzustellenden Einheit von (1) systemkritischer Opposition mit dem Anspruch der Überwindung des Kapitalismus (2) strategischem Reformanspruch und (3) sozial und ökologisch verantwortlicher Mitgestaltung“⁵ entpuppt sich bei genauem Hinsehen als Kniefall vor den Hardlinern. Danach hat der Reformanspruch nur strategische Bedeutung und dient dazu, die Zeit bis zur Überwindung des Kapitalismus zu überbrücken. Die Beschwichtigung insbesondere der innerparteilichen Kritiker, dass der reformistische Weg nur zeitlich begrenzt sei, findet sich vermehrt in zentralen PDS Dokumenten. Auch im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm wird deutlich gemacht, dass die Wirkung des Programms mit der Einführung des Sozialismus beendet ist: „Das für den programmatisch absehbaren Zeitraum relevante Ziel der PDS besteht darin, die Dominanz des Profitprinzips“ zurückzudrängen.⁶

Die PDS wird – um die innerparteiliche Integrationskraft Biskys und die außerparteiliche Mobilisierungsfähigkeit Gysis beraubt⁷ – zwei Führungskräfte verlieren, die der Partei Festigkeit und Image verliehen. Vor allem der innerparteiliche Ausgleich zwischen den heterogenen Strömungen in der PDS wird für den neuen Vorstand eine große Herausforderung darstellen. Sollte die Schlichtung nicht gelingen, wird die PDS unweigerlich den Weg der innerparteilichen Zerfleischung einschlagen, der sie in ihrer Kampagnen- und Mobi-

³ Der Begriff „Reformer“ wird von der Presse häufig benutzt, um die koalitions- und regierungsorientierten Personen in der PDS zu charakterisieren. Allerdings wird diesen aus den eigenen Reihen der „Reformismusvorwurf“ entgegengehalten, wodurch der Begriff eine differenziert zu bewertende Doppeldeutigkeit erhält. Der Reformismusvorwurf der Fundamentalopposition trifft in den Kern des Selbstverständnisses der Partei. Mit dem Vorwurf des „Reformismus“ haben die Kommunisten die Sozialdemokraten in Weimar als Hauptfeind bekämpft, da der „Sozialdemokratismus“ sich vom antikapitalistisch sozialistischen Gesellschaftsentwurf abgewandt habe, seinen Frieden mit den kapitalistischen Verhältnissen gemacht hätte und diese demnach nicht mehr revolutionär überwinden wolle.

⁴ Analyse von Michael Chrapa, die die Diskussionsgrundlage auf der Klausur des PDS-Parteivorstandes bildete, in: Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 24/2000, S. 9

⁵ Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 24/2000, S. 12

⁶ Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 47/1999, S. 6

⁷ Mittlerweile gibt es jedoch wieder Spekulationen, dass Gysi den Fraktionsvorsitz nicht niederlegen wird. Neues Deutschland, 27. Juni 2000, Gregor Gysi bleibt Wunschkandidat.

lisierungsfähigkeit stark einschränken wird. Würde es der Fundamentalopposition gelingen, ihren Einfluss auf die Richtung der PDS zu verstärken und somit die pragmatischen Kräfte zurückzudrängen, würde sicherlich die Akzeptanz in den neuen Ländern deutlich sinken.

Doch unabhängig davon, welchen programmatischen Kurs die PDS nach den Neuwahlen des Parteivorstandes und des Fraktionsvorsitzes einschlagen wird, scheint sie endgültig den Kampf⁸ um den Anschluss an den Westen verloren und aufgegeben zu haben. Obwohl der Münsteraner Parteitag kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stattfand, wurden die Mobilisierungsmöglichkeiten nur „formell“ und ohne inneres Engagement genutzt. Auch das magere Abschneiden bei der Landtagswahl (1,1 %) verdeutlicht, dass die PDS nach wie vor im Westen ein Schattendasein fristet. Interpretationen, dass man in Schleswig-Holstein „stärkste außerparlamentarische Kraft“⁹ sei, können über die innerparteiliche Enttäuschung und Resignation nicht hinwegtäuschen. Daher verwundert es auch nicht, wenn PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch nach dem schwachen Abschneiden seiner Partei bei den diesjährigen Landtagswahlen fordert, bei den Landtagswahlen 2001 in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nicht anzutreten, da die Kräfte und Finanzen gebündelt werden müssten.¹⁰

2. Die West-PDS oder: Die Geister, die sie rief...

Der „Aufbau-West“ beschäftigt die PDS seit ihrer Umbenennung im Dezember 1989. Die PDS erkannte, dass sie nach der Vereinigung Deutschlands als ostdeutsche Regionalpartei keine langfristigen Überlebenschancen haben würde. Daher versuchte sie sich als gesamtdeutsche Partei zu etablieren. Als quasi-Neugründung steht die PDS im Westen vor dem Problem, wie mit den geringen finanziellen Ressourcen sowie fehlender „man-power“ eine tragfähige Infrastruktur aufbauen kann. An dem seit 1990 bestehenden Grundproblem hat sich bis heute nur wenig geändert. Die PDS muss gesamtdeutsche Wahlkämpfe führen und somit eine gesamtdeutsche Parteiorganisation aufbauen, um eine realistische Chance für die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde zu haben.

⁸ vgl. Lang, 1998

⁹ <http://www.pds-online/pressedienst/0009/01.htm>: PDS-Online: „Nicht Nichts“ nach und vor den Wahlkämpfen.

¹⁰ Landtagswahlen 2001 ohne PDS? Bartsch fordert Konzentration auf das Wesentliche, in: Neues Deutschland, 17. Mai 2000 (Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 47/1999, S. 6)

Bei der Suche nach potentiellen Bündnispartnern stieß die PDS jedoch an Grenzen, die bis heute ihr Parteiterritorium in den alten Ländern markieren. Da sowohl SPD als auch Grüne auf Distanz zur PDS gingen, knüpfte sie in den alten Ländern an Personen und Strukturen an, die vor einer Nähe zur postkommunistischen Partei nicht zurückwichen, z.T., weil schon zur Zeit der SED Verbindungen bestanden (wie im Falle der DKP). Die PDS bildete sich dabei schnell als „Gravitationszentrum für eine Vielzahl linksextremistischer Gruppen und Zusammenschlüsse“¹¹ heraus, die bis heute das Erscheinungsbild der PDS im Westen prägen. Im wesentlichen erhielt die PDS Zulauf vom „Reformer“ Flügel der DKP, dem Kommunistischen Bund (KB), der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK).¹² Nachdem bei der Bundestagswahl 1990 Listenverbindungen zugelassen waren, wurde die PDS zunächst aus der Pflicht, eine deutsche Gesamtpartei zu gründen, enthoben. Daraufhin wurde für das Wahlgebiet West die Linke Liste/PDS aus der Taufe gehoben. Erst nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29.9.1990, das Listenverbindungen verbot und zwei getrennte Wahlgebiete mit separaten Fünf-Prozent-Hürden vorschrieb, hat die PDS mit dem eigentlichen Parteaufbau West begonnen. Sie gründete aus der Linken Liste/PDS heraus ihre West-Landesverbände.

Der formale Aufbau einer gesamtdeutschen Partei ist der PDS zwar schon im Vereinigungsjahr gelungen. Sie ist damit aber der Lösung ihrer Probleme bis zum heutigen Tag nicht näher gekommen. Die Hoffnung der PDS, größeren Teilen der Grünen oder der SPD eine neue Heimat zu bieten, kann mittlerweile als zerschlagen angesehen werden. Sie hat das für sie mobilisierbare linke Potenzial weitgehend erschlossen. Damit hat sie auch gleichzeitig ihre Entwicklungsfähigkeit begrenzt. Lediglich Gruppierungen, die in der alten Bundesrepublik zu politischer Unwirksamkeit verurteilt waren, sind in nennenswertem Umfang zur PDS gestoßen.

Auch die Erwartung, dass „Überläufer“ wichtige neue Impulse für den Parteaufbau im Westen liefern können, hat sich als utopisch herausgestellt. Einige Personen haben, nachdem sie schon Jahrzehnte in der politischen Grauzone arbeiteten, durch die PDS den Einzug in den Bundestag geschafft und darüber politische Einflussmöglichkeiten gewonnen. Insgesamt ist der Anteil der West-

¹¹ Moreau, et al., 1998, S. 221; Allerdings halten einige linksextremistische Gruppen wie die MG (Marxistische Gruppe) und die MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) sowie eine Reihe vor allem trotzkistisch geprägter Zirkel nach wie vor Distanz zur PDS.

¹² Mit Wolfgang Gehrcke, Heidi Knake-Werner und Eva Bulling-Schröter sind ehemalige DKP-Vertreter im Bundestag, mit Harald Wolf ein ehemaliger VSP-Repräsentant.

Abgeordneten in der Relation zur Gesamtpartei im Bundestag sogar deutlich erhöht.¹³ Von den persönlichen Erfolgen abgesehen, fällt die Bilanz für die Partei eher mager aus. Keine der Personen ist (oder war) in der Lage, in für die PDS relevante breitere Wählerschichten hineinzuwirken, da sie entweder in ihren vorherigen Parteien nur ein Randdasein führten oder in marginalisierten Kontexten arbeiteten.¹⁴ Auch hier blieb die von der PDS erhoffte Sogwirkung aus.¹⁵ Die PDS setzt zwar immer noch bei Wahlkämpfen auf „offene Listen“, auf denen auch Nicht-Parteimitglieder kandidieren. Allerdings hat sie seit der Bundestagswahl 1994 ihre Erwartungen an die Zugkraft solcher Listen zurückgeschraubt.¹⁶

Wie die Zahl der Mitglieder im Westen verdeutlicht¹⁷, hat die PDS zwar kontinuierlich Mitglieder hinzugewonnen, jedoch auf niedrigem Niveau. Doch nicht nur die Größe der Partei im Westen veranlasst die PDS zu einer kritischen Bestandsaufnahme, sondern auch die Politikfähigkeit der Akteure. Da ein großer Teil aus alten linken Kontexten kommt, werden auch deren Debatten und internen Feindseligkeiten in die PDS transportiert („Sektierertum“). Zudem scheint die Fluktuation vor allem der Neumitglieder im Westen sehr groß zu sein.¹⁸ Dies begrenzt die Chancen in breitere Wählerschichten hineinzuwirken.

Die Frage, welcher Weg im Westen der richtige sei, wird daher von der PDS fortwährend diskutiert. Der radikalste Vorschlag in der Debatte ist sicherlich, dass die PDS sich vom Westen trennen soll und lediglich als ostdeutsche Regionalpartei bei Wahlen antreten soll. Zwar ist es unrealistisch, dass sich eine solche Forderung durchsetzt, sie verdeutlicht aber das Ausmaß an Entfremdung zwischen Ost- und West-PDS. Etwa nach der Bundestagswahl 1994 hat die PDS die Hoffnung aufgegeben, dass sie im Westen in einem absehbaren Zeitraum eine arbeitsfähige Parteiorganisation aufbauen kann. Daher sind auch die Impulse für den Westaufbau eher zögerlich.

¹³ Seit 1998 sitzen außer den oben erwähnten Wolf, Gehrcke, Knake-Werner und Bulling-Schröter noch Ulla Jelpke, Heidi Lippmann-Kasten (ex-Grüne) und Fred Gebhardt (ex-SPD) im Bundestag. Damit ist der Westen mit 19 Prozent Anteil an MdBs eindeutig überrepräsentiert. Uwe Hixsch wurde nicht miteinbezogen, da er über die SPD in den Bundestag einzog.

¹⁴ wie z.B. Jürgen Reents, Dorothee Piermont, beide Grüne; Dieter Dehm, Gerhard Zwerenz, Siegfried Neumann, Andreas Wehr alle SPD

¹⁵ Vgl. zur Bündnispolitik und Personenrekrutierung, Hoffmann/Neu, 1998, S. 50 ff

¹⁶ vgl. Neu, 2000

¹⁷ s. unten

¹⁸ s. unten

Auf dem 1995er Parteitag widmete sich die PDS breit der Westproblematik. Die von Claudia Gohde (bis 1997 im Bundesvorstand für die Westkoordination zuständig) getroffene Charakterisierung der PDS hat sich bis heute auch nicht geändert. Sie führt aus, dass die PDS „eigentlich noch keine Partei“ ist. „Wir haben das Problem, dass wir eigentlich erst eine Partei werden müssen, nicht in dem schlechten Sinne, wie es hier häufig kritisiert worden ist, sondern in dem Sinne, dass wir uns in diesem Parteiengefüge bewegen, dass wir auch ernst genommen werden von anderen“.¹⁹ Der Parteitagsbeschluss, den Aufbau der PDS als gesamtdeutsche Partei voranzutreiben, verharret auf dem Status eines Lippenbekenntnisses. 1996 spitzte sich die Frage, ob die PDS sich als „ostdeutsche Volkspartei“ von der „Westausdehnung“ verabschieden sollte, stark zu. In dem sogenannten Brief aus Sachsen von Christine Ostrowski und Ronald Weckesser²⁰ wurde die Westausdehnung als gescheitert interpretiert, trotz des „massiven Einsatzes von Mensch und Material“. Die Autoren empfahlen die „Abwicklung des ‘Projekts‘ Westausdehnung“, die „mehr als überfällig“ sei. Dies löste eine innerparteiliche Debatte um Sinn und Zweck der Westausdehnung aus, was allerdings nur zu einer Statutenänderung auf dem 1997er Parteitag führte, mit der die Eigenwilligkeit der West-Landesverbände eingeschränkt werden sollte. Im 1998er Wahlkampf hatte sich die PDS auch strategisch darauf eingestellt, dass die Wahlen im Osten gewonnen werden müssen. Zwar versuchte man dem Vorwurf zu begegnen, dass die PDS eine reine Ostpartei sei,²¹ eine intensive Auseinandersetzung um und mit dem Westen fand jedoch nur noch am Rande statt.

Doch nicht nur das Strukturdefizit belastet die PDS. Das Verhältnis zwischen West- und Ost-PDS ist gespannt und wird von ritualisierten Schaukämpfen bestimmt. Die programmatische Sturheit und weitgehende Autonomie der West-Landesverbände, die auch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Partei Aktionen durchführen und dadurch – aus der Sicht des Bundesvorstandes – der PDS Schaden zufügen, ist einer der Hauptkonfliktpunkte.²² Die Weigerung einiger Landesverbände, die Politik der Mutterpartei zu tragen, sorgt immer wieder für Zündstoff. Die West-PDS artikuliert unbeirrt Minderheitenthemen der extremen und radikalen Linken wie z.B. Freilassung der RAF-Gefangenen

¹⁹ Disput, H. 3/4 1995, S. 48

²⁰ Neues Deutschland, 8. Mai 1996, Für einen eigenen Weg statt links von der SPD, Ostrowski hat diese Forderung jüngst wiederholt.

²¹ Neues Deutschland, 8. April 1998, Interview mit Lothar Bisky: PDS (k)eine Ostpartei.?

²² Dem Landesverband Hamburg wird vorgeworfen, den friedenspolitischen Antrag des Parteivorstandes auf dem Münsteraner Parteitag gekippt zu haben. Vgl. Die Tageszeitung, 4. Mai 2000: Die Glaubensgenossen. Kakerlaken? Die Folgen des Kapitalismus. Kritik? Dann gibt es eben erst mal keinen Parteitag. Wenn aus dem Landesvorstand eine Sekte wird.

oder kurdischer Befreiungskampf.²³ Zwar sollte durch die Änderung des Statuts 1997 die relative Autonomie aber auch das organisatorische Chaos der West-Landesverbände beschnitten und gleichzeitig der Einfluss anderer Parteien und Organisationen auf die PDS (insbesondere der DKP und des BWK) zurückgedrängt werden. Doch hat der Westen ein großes Beharrungsvermögen bewiesen, bzw. waren die Versuche der Eindämmung der Parteiführung nur halbherzig. Nach wie vor gibt es Auseinandersetzungen der unterschiedlichen Richtungen, die von Anhängern trotzkistischer, stalinistischer, maoistischer, marxistisch-leninistischer oder sonstiger sektiererischer Überzeugungen getragen werden. Auch finden sich auf PDS-Wahlvorschlägen nach wie vor Mitglieder anderer Parteien bspw. der DKP, deren Kandidatur ursprünglich mit der Statutenänderung von 1997 abgeschafft werden sollte.

Im folgenden wird die Situation der PDS im Westen seit 1990 dargestellt und analysiert, welche Zukunftsprognose sie im „Entwicklungsland Westdeutschland“ hat.

3. Die Wahlergebnisse der PDS: Bund, Länder, Kommunen

Im Osten ist die PDS die einzige Partei, die prozentual – von wenigen Ausnahmen abgesehen - eine kontinuierlich anwachsende Wählerschaft hat. Im Durchschnitt erreicht sie seit 1994 etwa 20 Prozent der Wähler in den neuen Ländern. Im Vergleich zu 1990 hat sie damit ihr Wählerpotenzial etwa verdoppelt. Während es der PDS im Osten innerhalb von acht Jahren gelungen ist, sich sowohl auf der Wähler- als auch auf der Regierungsebene²⁴ weitgehend zu etablieren, ist sie im Westen nach wie vor eine marginale Splitterpartei. Zwar kann die PDS auch im Westen einen Wählerzuwachs verzeichnen, allerdings auf äußerst geringem Niveau. Von der Bundestagswahl 1990 bis zur Bundestagswahl 1998 hat sie lediglich 0,9 Prozentpunkte hinzugewonnen. 1998 fand sie bei 1,2 Prozent der Wähler Zuspruch.

²³ Stern, 29. September 1994: Da fliegen die Fetzen

²⁴ Nach der Landtagswahl 1994 hat die PDS in Sachsen-Anhalt die Rot-Grüne Minderheitsregierung toleriert. 1998 setzte sie dort die Tolerierung der SPD-Regierung fort, nachdem Bündnis90/Die Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Nach der 1998er Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern bildete sie gemeinsam mit der SPD die Regierungskoalition.

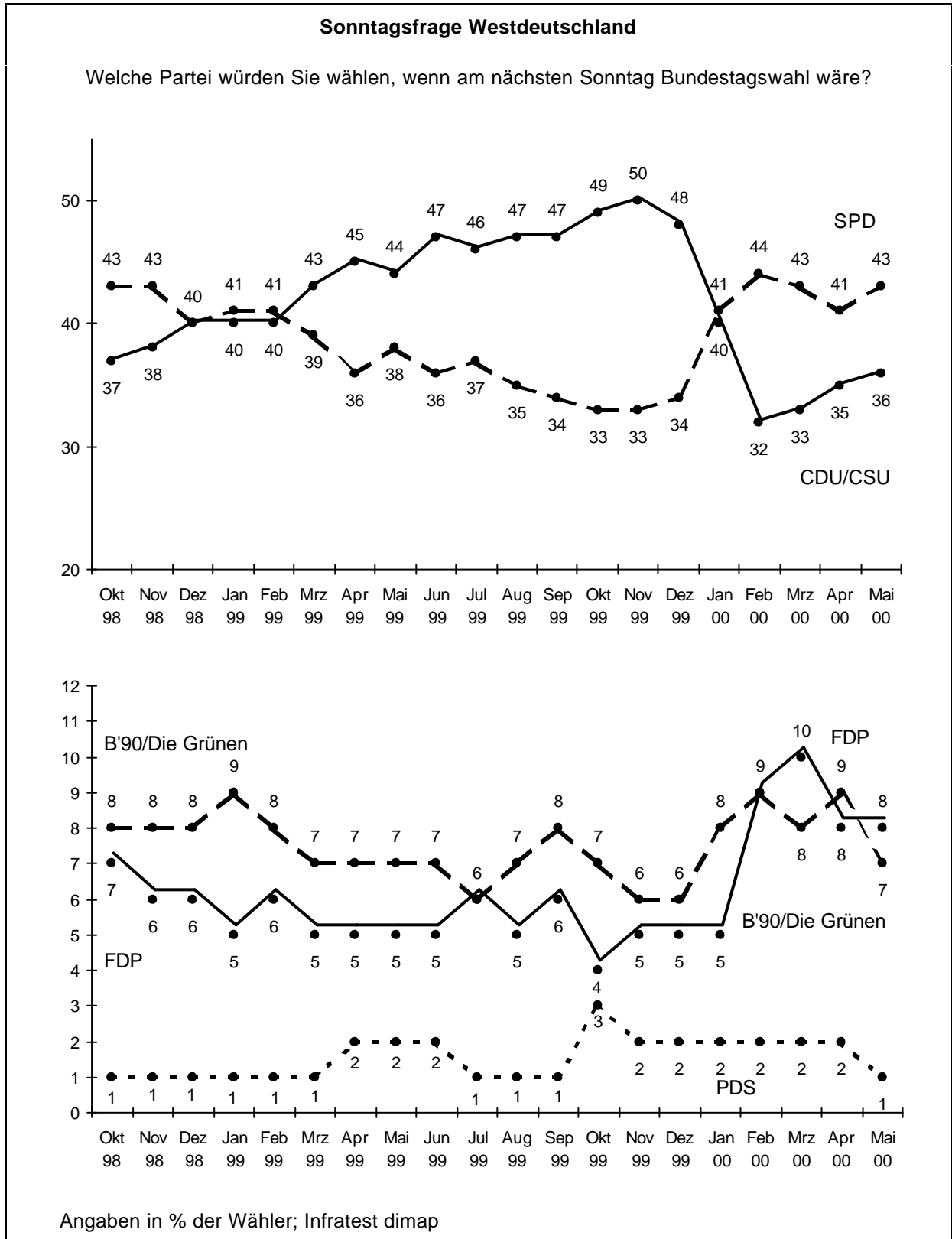
Ergebnisse auf Bundesebene				
	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
1990 (Volkskammerwahl)				
Ost			1.886.116	16,4
Bundestagswahl 1990				
insgesamt	1.049.245	2,3	1.129.578	2,4
West	427	0,0	126.196	0,3
Ost	1.048.818	11,7	1.003.382	11,1
Bundestagswahl 1994				
insgesamt	1.920.420	4,1	2.066.176	4,4
West	165.332	0,4	368.952	1,0
Ost	1.755.088	20,5	1.697.224	19,8
Bundestagswahl 1998				
insgesamt	2.416.781	4,9	2.515.454	5,1
West	271.762	0,7	460.681	1,2
Ost	2.145.019	20,1	2.054.773	21,6
Europawahl 1994				
insgesamt			1.670.316	4,7
West			183.162	0,6
Ost			1.487.154	20,6
Europawahl 1999				
insgesamt			1.567.745	5,8
West			273.239	1,3
Ost			1.294.506	23,0

66 (von 400) Mandate erzielte die PDS bei der Volkskammerwahl 1990, bei der Bundestagswahl 1990 hatte sie 17 (von 662) Sitzen; bei der Bundestagswahl 1994 30 (von 672) und bei der Bundestagswahl 1998 36 (von 669). In das Europaparlament zog sie 1999 erstmals mit 6 Abgeordneten (von 99 deutschen Mandaten) ein.

Auch nach der Bundestagswahl 1998 zeichnet sich für die PDS keine Verbesserung ihrer Akzeptanz in den alten Ländern ab. Bei der „Sonntagsfrage“ geben 1-2 Prozent der Befragten an, die PDS wählen zu wollen, was ihrem tatsächlichen Abschneiden bei Wahlen entspricht. Obwohl in der PDS-Anhängerschaft Protestmotive weit verbreitet sind,²⁵ kann die PDS von der

²⁵ s. u.

weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den Parteien nicht profitieren. Bislang ist es lediglich den Parteien auf der extremen Rechten gelungen, gelegentlich aus einer diffusen Proteststimmung Gewinne zu ziehen. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass auch die PDS unter bestimmten Umständen Protestwahlverhalten (Denkzettelwahl) für sich mobilisieren könnte, es erscheint allerdings im Westen als hochgradig unwahrscheinlich.



Bei den Wahlergebnissen im Westen zeichnet sich ein Nord-Süd-Gefälle ab. Die „Hochburgen“ der PDS liegen vor allem im Norden. Die besten Wahler-

gebnisse erzielt sie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Am schlechtesten schneidet sie in Bayern ab.

Wahlergebnisse der PDS in den alten Ländern – außer Berlin –			
	Bundestagswahlen		
	1990	1994	1998
Baden-Württemberg	0,3	0,8	1,0
Bayern	0,2	0,5	0,7
Bremen	1,1	2,7	2,4
Hamburg	1,1	2,2	2,3
Hessen	0,4	1,1	1,5
Niedersachsen	0,3	1,0	1,0
Nordrhein-Westfalen	0,3	1,0	1,2
Rheinland-Pfalz	0,2	0,6	1,0
Saarland	0,2	0,7	1,0
Schleswig-Holstein	0,3	1,1	1,5

Die PDS hat seit 1990 nur selten an Landtagswahlen in den alten Ländern teilgenommen, da sie befürchtete, durch schlechte Ergebnisse ihrem Image zu schaden. Auch wenn sie sich an Wahlen beteiligte, war dies zum Teil auch vom Bundesvorstand nicht gewünscht (so im Falle von Hamburg). Die Ergebnisse der PDS auf Landesebene unterscheiden sich kaum von den Ergebnissen bei Bundestagswahlen.

Insgesamt erzielte sie in den alten Ländern bei Landtagswahlen folgende Ergebnisse:

Bremen: 1995: 2,4%; 1999: 2,9 %

Hamburg: 1991: 0,5 %; 1997: 0,7 %

Saarland: 1999: 0,8 %

Schleswig-Holstein: 2000: 1,4 %

Nordrhein-Westfalen: 2000: 1,1 %.

Niedersachsen: 1994: 0,2 %; 1998: 0,2 %

Wahlergebnisse der PDS in Berlin			
	West	Ost	insg.
LTW 90	1,1	23,6	9,2
LTW 95	2,1	36,3	14,6
LTW 99	4,2	39,5	17,7
BTW 90	1,3	24,8	9,7
BTW 94	2,6	34,7	14,8
BTW 98	2,7	30,0	13,4
VKW 90	-	30,2	-
EUW 94	2,3	40,1	15,9
EUW 99	3,6	41,1	16,7

LTW = Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Ähnlich wie in den Stadtstaaten, ist es der PDS auch im Westteil der Stadt gelungen, ihre Ergebnisse leicht zu verbessern. Dies ist zum einen auf die Durchmischung der Stadt in Folge von Umzügen und zum anderen auf Neuzuschneide der Wahlkreise zurückzuführen. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass die PDS in Berlin (insbesondere in Kreuzberg) auch an existierende linke Milieus anknüpfen kann und dort ein langsam wachsendes Unterstützungspotenzial vorfindet.

Auch auf kommunaler Ebene nehmen sich die „Erfolge“ der PDS im Westen eher bescheiden aus. Die PDS hat derzeit etwa 6.000 kommunale Mandate, davon entfallen 87 auf das alte Bundesgebiet.²⁶ Den größten Zuspruch fand sie bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen 1999, bei der sie insgesamt 56 Mandate erzielte. Die PDS verfolgt bei Kommunalwahlen – ähnlich wie bei den Bundestags- oder Landtagswahlen das Prinzip der offenen Listen. Die PDS versucht von der Popularität und dem positiven Image der Kandidaten zu profitieren.²⁷ Aufgrund der Personalknappheit greift die PDS jedoch auch auf „No-Names“ zurück, damit sie überhaupt bei einer Wahl antreten kann. Bei der

²⁶ Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 11/2000, S. 12 ff, bei den Kommunalwahlen bestand keine Fünf-Prozent-Hürde. In Nordrhein-Westfalen fiel die Fünf-Prozent-Hürde erst kurz vor der Kommunalwahl weg.

²⁷ So kandidierten z. B.: in Heidelberg Hannelies Schulte, 78 Jahre, frühere Religionslehrerin, engagiert in der Friedensbewegung, organisierte Ostermärsche und war in der Gesamtdeutschen Volkspartei und später in der DFU engagiert; in Tübingen z.B. Gerhard Bialas, seit 1975 im Tübinger Gemeinderat (ursprünglich für die DKP) der durch sein Engagement gegen den Radikalerlass einen regional hohen Bekanntheitsgrad hat; in Duisburg Hermann Dierkes, IG-Metall Mitglied und Betriebsrat, gilt als stadtbekannter Gewerkschafter, war an den Protesten gegen die Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Rheinhausen beteiligt. Vgl.: Die Zeit, 2. Dezember 1999: Rote Socken am Rhein; Stuttgarter Zeitung, 29. Oktober 1999: Die PDS profitiert bei der Wahl stark von alten Namen

Rekrutierung setzt die PDS auf eine Mischung zwischen „alt“ und „neu“. Ein Teil der Kandidaten kommt aus dem Bereich von langjährigen Aktivisten des linken Spektrums: von der Friedensbewegung, der DFU, DKP, Troztkisten oder anderen ehemaligen Aktiven aus den K-Gruppen. Ebenso finden sich Gewerkschafter (HBV, IG-Metall) und Betriebsräte auf den Listen, die für die PDS aus bündnispolitischer Sicht ebenso von Bedeutung sind wie aufgrund ihres Bekanntheitsgrades, da dieser bei der Direktwahl Stimmen mobilisieren kann. Auch Kandidaten aus dem universitären Milieu von Studenten bis Professoren sowie Personen aus dem sozialpflegerischen Bereich haben für die PDS eine hohe strategische Relevanz. Die Anzahl der Parteiübertritte von Grünen und SPD sind eher (wenn auch willkommene) Einzelfälle, von denen auch keine weitere Sogwirkung auf ihre ehemaligen Parteien ausgeht. Die Mandate, die die PDS durch Übertritte von Mitgliedern anderer Parteien erhalten hatte (Heimbach/Eifel, 2 Mitglieder der Grünen und Stolberg/Rheinland, 2 Mitglieder der UWG), konnte die PDS bei der Kommunalwahl 1999 in Nordrhein-Westfalen nicht verteidigen.

Alle kommunalen Mandate der PDS in den alten Ländern

PDS-Sitze

Baden-Württemberg

Gemeinderat (Kreisfreie Stadt)

Landeshauptstadt Stuttgart	1 PDS/Offene Liste
Heidelberg	1 Linke Liste/PDS
Karlsruhe	1 Offene Liste
Konstanz	1 PDS/Linke Liste
Tübingen	3 Tübinger Linke/PDS

Kreistag

Tübingen	1 Tübinger Linke/PDS
----------	----------------------

Bayern

Vertretung

Kreistag Kronach	1
Marktgemeinderat Marktkeugast (Kreis Kulmbach)	1
Bezirksausschuss 18 München-Untergiesing-Harchlaching	1

Bremen

Bezirksvertretung

Neustadt	1
Findorf	1
Östliche Vorstadt	2
Hemelingen	1
Schwachhausen	1
Mitte	1
Walle	1

Hessen

Marburg an der Lahn (Kreis Marburg-Biedenkopf) 4

Niedersachsen
Stadtrat

Landeshauptstadt Hannover 1 PDS/Linke Liste
Oldenburg 1

Gemeinderat

Amt Neuhaus (Kr. Lüchow-Dannenberg) 2
Göttingen (Kreis Göttingen) 1 LL Göttingen

Kreistag

Aurich 1
Göttingen 1

Bezirksrat (kreisfreie Stadt)

Hannover-Linden/Limmer 1

Nordrhein-Westfalen
Landschaftsversammlung

Rheinland 1

Rat der Stadt (kreisfreie Stadt)

Aachen 1
Bielefeld 2
Bonn 1
Dortmund 1 Linkes Bündnis Dortmund
Duisburg 3
Düren 1
Düsseldorf 2
Essen 2
Gelsenkirchen 2
Herne 2
Köln 2
Münster 1
Neuss 1
Oberhausen 2
Wuppertal 2

Rat der Stadt (kreisangehörige Stadt)

Löhne (Kreis Herford) 1
Moers (Kreis Wesel) 1
Velbert (Kreis Mettmann) 1
Witten (Ennepe-Ruhr-Kreis) 2

Kreistag

Aachen 1
Düren 1
Neuss 1
Recklinghausen 1
Unna 1

Bezirksvertretung (Stadtteilvertretung in kreisfreien Städten)	
Aachen-Mitte	1
Bielefeld-Mitte	1
Dortmund-Innenstadt (Nord)	1
Dortmund-Innenstadt (West)	1
Duisburg-Mitte	1
Duisburg-Rheinhausen	1
Düsseldorf-Bilk	1
Essen-Innenstadt	1
Essen-Rüttenscheid	1
Essen-West	1
Gelsenkirchen-Mitte	1
Gelsenkirchen-Ost	1
Gelsenkirchen-West	1
Herne-Wanne	1
Köln-Ehrenfeld	1
Köln-Innenstadt	1
Köln-Nippes	1
Wuppertal-Barmen	1
Wuppertal-Elberfeld	1
Wuppertal-Elberfeld (West)	1

Quelle: Presse- und Informationsdienst der PDS, Nr. 11, S. 12ff.

In einigen Städten (wie z.B. Marburg, Tübingen) besteht eine Kontinuitätslinie zur DKP, die schon seit den 70er Jahren in den Räten vertreten war.

4. Die Mitglieder der PDS

Die PDS verfügt im Westen nicht über flächendeckende Strukturen. Vor allem in ländlichen Gebieten ist sie so gut wie nicht vorhanden. Ihre organisatorischen Hochburgen liegen in städtischen Regionen, häufig mit universitärem Milieu, aber auch in alten Hochburgen anderer linksextremistischer Zusammenschlüsse.

Dass sich für die PDS bei der Wahlteilnahme vor allem in Flächenländern Mobilisierungsprobleme ergeben, lässt sich allein an der geringen Mitgliederzahl ablesen. So zeigt schon die Analyse der Mitglieder in Ost und West, wie wenig die PDS in den alten Ländern Fuß fassen konnte. Nur etwa drei Prozent der Mitglieder stammen aus den alten Bundesländern, wenngleich sich der proportionale Anteil durch den stärkeren Rückgang der Mitgliederzahlen in den neuen Ländern im Zeitverlauf verbesserte. Im Sommer 2000 hat die PDS etwa 3.300 Mitglieder im Westen und ca. 91.000 Mitglieder im Osten.

 Entwicklung der Mitgliederzahlen in der PDS

	Gesamt Ost (inkl. Ostberlin)	Gesamt West (inkl. Westberlin)	Gesamt Ost und West
1989 (SED)	2,3 Mio.		2,3 Mio.
1990 (Juni)	200.000/ 350.000		200.000/ 350.000
1991	171.757	822	72.579
1992	145.831	911	146.742
1993	130.200	1.180	131.380
1994	121.393	2.326	123.751
1995	113.035	2.388	114.940
1996	102.624	2.405	105.029
1997	96.097	2.527	98.624
1998	91.430	2.917	94.447

Quelle: Presse- und Informationsdienst der PDS Nr. 11/95, 23/96, 21/97, 26/98, 29/99 vgl. auch Gerner 1994, S. 114, Wittich 1995, S. 59. Die Angaben über die Mitgliederzahlen bis 1992 unterliegen jedoch starken Schwankungen. Wittich gibt für 1990 (1995:61) einen Mitgliederbestand von 400.000 und für 1992 von 241.000 an. Auch für 1992 sind Wittichs Angaben noch größer (173.000) als vom PDS-Parteivorstand dokumentiert. Der dramatische Verlust an Mitgliedern von 1989 bis 1991 dokumentiert Gerner, 1994, S. 14, auf der Basis unterschiedlicher Quellen. Da die PDS durch den gleichzeitigen Wegfall ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter (ursprünglich ca. 45.000) 1990/91 wohl auch personell nicht in der Lage war, korrekte Mitgliederzahlen zu generieren, sind alle Angaben bis 1991 Schätzungen und daher mit Vorsicht zu betrachten. Leichte Abweichungen zu anderen Quellen, wie z.B. den Bundestagsdrucksachen, bestehen, obwohl es sich immer um Mitteilungen der PDS zum 31.12. des Jahres handelt.

Die Mitglieder in Ost und West unterscheiden sich jedoch nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Der Frauenanteil im Westen liegt deutlich unter dem Ostanteil. Im Westen betrug der Frauenanteil 1997 19,5 Prozent, im Osten lag er bei 46 Prozent.²⁸ Auch das Alter unterscheidet sich in Ost und West deutlich. Die Alterspyramide verläuft in Ost und West gegensätzlich. Während im Osten eine deutliche Überalterung der Partei unübersehbar ist, dominieren im Westen die unter 40-Jährigen.

 Altersstruktur der PDS-Mitglieder

	bis 29 Jahre %	30-39 Jahre %	40-59 Jahre %	über 60 Jahre %
West	30	29	24	8
Ost	2	7	24	67

Quelle: Gohde, 1997

²⁸ Gohde, 1997, S. 2.

Auch in der Fluktuation unterscheidet sich Ost von West. Während im Osten der größte Teil des Mitgliederverlustes auf Todesfälle zurückzuführen ist, scheint im Westen eine starke Fluktuation zu herrschen. Die PDS hatte im Westen 1996 330 Neuaufnahmen und 137 Austritte.²⁹ Damit hat sie ein Drittel ihres Zuwachses durch Austritte wieder verloren. Aus der eigenen Umfrage schätzt die PDS, dass 1996 etwa 40 Prozent der Westmitglieder „erst zwei, maximal zweieinhalb Jahre und weniger“³⁰ bei der PDS sind.

Aufschlussreich ist auch die Analyse der Austrittsgründe. Im Westen dominieren politisch motivierte Gründe, die auf die Zerstrittenheit der PDS hindeuten. So wurden als Austrittsgründe genannt: Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Positionen der PDS (z.B. zu wenig radikalökologisch, zu wenig militant) und Unzufriedenheit mit der politischen Linie (insbesondere Reformismusvorwurf an den Parteivorstand). Im Osten spielten Gründe wie Resignation, Ängste und Enttäuschungen eine größere Rolle.³¹

Die Zusammensetzung der Mitglieder im Westen trägt die typischen Züge extremistischer Parteien: jung und männlich. Auch die hohe Fluktuation ist ein Merkmal extremistischer Zusammenschlüsse.

5. Das Wählerpotenzial der PDS im Westen³²

Es stellt sich hier die Frage, wie sich die Erfolgsaussichten der PDS insgesamt entwickelten und welche Prognose für die zukünftige Entwicklung der PDS re-

²⁹ Gohde, 1997, S. 3

³⁰ ebd.

³¹ Gohde, 1997, S. 4

³² Alle hier erhobenen Daten stammen aus Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung bis 1998. 1999 und 2000 wurde im Westen keine repräsentative Umfrage durchgeführt, die zur Fortschreibung der kontinuierlichen Daten geeignet war. Da die Veränderungen in den letzten Jahren im Westen nur ein geringes Ausmaß hatten, ist davon auszugehen, dass auch neuere Daten nicht zu grundlegend neuen oder anderen Erkenntnissen führen.

Methodische Anmerkung zur Kumulation: Bisher liegt noch keine empirische Analyse über die Einstellungen und das Verhalten der PDS-Anhänger im Westen vor, da die Fallzahlen einer einzigen Umfrage für Analysen zu klein sind. Um dieses Problem zu umgehen, wurden die Einzelstudien der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1990 bis 1998 zu einer Datei zusammengefügt. Alle Fragen, die wiederholt gestellt wurden, konnten in die Untersuchung mit einfließen. Ohne die Kumulation hätten keine Auswertungen erfolgen können. Inwieweit Veränderungen auf der Zeitachse stattfanden, kann hierdurch nicht mehr geklärt werden. Allerdings wurde geprüft, ob in unterschiedlichen Zeitphasen, signifikante Veränderungen auftraten. Dabei wurde der Zeitraum von 1990-1996 mit dem Zeitraum 1990-1998 kontrastiert (andere Zeiträume waren aufgrund der geringen Fallzahl nicht nachzuprüfen). Die Veränderungen zwischen den Zeiträumen sind so gering, dass zumindest für den Zeitraum von 1996 bis 1998 nicht von Veränderungen gesprochen werden kann. Fallzahl: Gesamt: 32.244; PDS: 151

alistisch erscheinen. Daher soll hier, um die Größe der maximal mobilisierbaren Anhängerschaft der PDS zu schätzen, ein „weicherer“ Indikator zur Bestimmung der Wählerpotenziale hinzugezogen werden. Dieser Indikator misst das jeweils unter optimalsten Bedingungen mobilisierbare Potenzial der Parteien.

Analog zu den Wahlergebnissen in den alten Ländern stagnieren auch die Sympathisantenpotenziale der PDS auf relativ niedrigem Niveau. Von einem einmaligen Spitzenwert von 13 Prozent 1993 abgesehen, der im Zusammenhang mit der Politikverdrossenheitsdebatte zu sehen ist und nicht als tatsächliche Zustimmung zur PDS interpretierbar ist, kann die PDS in den alten Ländern auf keinen Sympathiezuwachs bauen. Zwar ist es ihr gelungen, ihr Potenzial leicht zu vergrößern, allerdings auf einem nach wie vor niedrigen Niveau von maximal 5 Prozent.

Entwicklung der maximalen Sympathisantenpotenziale in den alten Ländern						
	CDU ^{*)} %	SPD %	FDP %	Grüne %	PDS %	REP %
1990	40	39	14	17	2	4
1991	36	46	20	18	5	7
1993	42	45	26	31	13	19
1994	45	41	9	21	4	3
1996	40	44	15	28	7	8
1997	35	43	12	28	5	6
1998	26	50	10	19	5	6

*) Ohne CSU-Potenzial

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

Maximales Potenzial: Partei als sympathischste Partei oder auf gleicher Position mit einer anderen Partei genannt (wenn ein Befragter z.B. SPD und CDU als gleich sympathisch einstuft, wird er sowohl dem SPD- als auch dem CDU-Potenzial zugerechnet)

5.1 Die PDS im Westen: Konkurrenz für SPD und Grüne oder nur Anknüpfung an die „Wahlerfolge“ der kommunistischen Parteien?

Zu den bislang offenen Forschungsfragen gehört, ob die PDS im Westen an die „Erfolge“ der DKP/KPD anknüpft, oder sich ein eigenes Wählerpotenzial erschlossen hat. Von der Beantwortung der Frage hängt es ab, wie die Er-

folgsaussichten der PDS zu bewerten sind. Wenn es sich lediglich um das Anknüpfen an ehemalige Erfolge der kommunistischen Sektiererparteien handelt, sind auch die weiteren Erwartungen um eine mögliche Steigerung des Potentials eher als gering zu bewerten. Ist es der PDS hingegen gelungen, in das Wählerreservoir der Grünen oder der SPD in nennenswertem Umfang einzudringen, hat sie auch in Zukunft die Chance, ihr Wählerpotenzial konstant auszuweiten. Allerdings ergeben sich in Bezug auf die Grünen-Erfolge Unschärfen, die hier nicht lösbar sind, da die Grünen Hochburgen ähnlichen Strukturen unterliegen wie die Hochburgen der PDS. Die Grünen-Hochburgen befinden sich ebenfalls in hoch verdichteten städtischen Räumen (Universitätsstädte), in denen es traditionell ein großes linkes Wählerpotenzial gab. Da die Grünen insbesondere in den ersten Jahren von dem linken z.T. kommunistisch-sozialistisch orientierten Milieu mitgetragen wurden, ist ein Wechsel gerade dieser Klientel zur PDS nicht auszuschließen. Dies kann allerdings aufgrund der geringen Größe mit statistischen Methoden nicht eindeutig bewiesen werden. Jedoch sprechen Plausibilitätsgründe für einen Wechsel dieser Klientel von den Parteien der „ewigen Wahrheiten“³³ zu den Grünen und dann wieder zur PDS, was als Hinweis auf die Begrenztheit des Wählermilieus der PDS im Westen gewertet werden kann.

Für eine weitere Stagnation der PDS im Westen spricht, dass das Wählerpotenzial der extremen Linken seit den 60er Jahren sehr klein ist. Am Beispiel der DKP, der „erfolgreichsten“ Partei des linksextremen Spektrums, werden die Wahlergebnisse dargestellt. Die KPD konnte im Nachkriegsdeutschland nicht mehr an die Wahlergebnisse der Weimarer Republik anknüpfen.³⁴ Lediglich bei einigen Landtagswahlen 1947 (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Württemberg-Baden) erzielte sie noch zweistellige Resultate.³⁵ Schon bei der ersten Bundestagswahl 1949 erhielt sie nur 5,7 Prozent und bei der zweiten 1953 nur 2,2 Prozent der Stimmen. Damit war sie schon vor ihrem Verbot in die politische Bedeutungslosigkeit gesunken.

Durch die widerspruchslose Anlehnung an die Sowjetunion und die Hervorhebung der DDR als Vorbild für die Bundesrepublik befand sich die DKP auch nach ihrer Neugründung am 25.9.1968 auf dem Kurs einer politischen Sekte.

³³ Mit den Parteien der „ewigen Wahrheiten“ sind die linksextremistischen Splitterparteien gemeint, die sowohl aus dem Bereich der orthodoxen Kommunisten als auch aus dem Bereich der „neuen Linken“ (undogmatische Linke) umfassen.

³⁴ Ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei der letzten freien Reichstagswahl vom 6.11.1932 mit 16,9 Prozent.

³⁵ vgl. Staritz, 1983, S. 1763 ff

Es ist ihr nicht mehr gelungen, an die Wahlergebnisse der KPD anknüpfen. Unabhängig davon ob sie unter eigenem Namen oder im Rahmen eines Wahlbündnisses (1969 ADF, 1987 FRIEDEN) angetreten ist, erreichte sie bei Bundestagswahlen nie mehr als 0,6 Prozent der Wähler. Lediglich bei der Europawahl 1984 kam das Wahlbündnis FRIEDEN über 1 Prozent. Auch bei Landtagswahlen erhielt die DKP keinen breiteren Zuspruch.³⁶ Lediglich auf kommunaler Ebene konnte die DKP vereinzelt Erfolge aufweisen, wodurch sie in wenigen Städten oder Gemeinden vertreten ist. Diese Wahlerfolge konzentrieren sich in alten KPD-Hochburgen oder lassen sich aus besonderen strukturellen Problemen erklären. Die DKP hat trotz ihrer geringen Akzeptanz in der Bevölkerung ihre Wahlergebnisse schöngeredet. Wie Heimann ausführt, hätten einige kommunale Wahlerfolge der DKP als Beleg der These gedient, dass „ihre geringe Resonanz auf Landes- und Bundesebene nichts über ihren tatsächlichen Einfluss auf Bundesebene aussage“.³⁷

Wahlergebnisse¹⁾ der DKP (KPD) bei Bundestagswahlen

	Erststimmen %	Zweitstimmen %
1949	-	5,7
1953	2,2	2,2
1969 (ADF)	0,6	0,6
1972	0,4	0,3
1976	0,5	0,3
1980	0,3	0,2
1983	0,2	0,2
1987 ²⁾ (FRIEDEN)	0,5	-

Wahlergebnisse der DKP bei Europawahlen

1979	0,4
1984 (FRIEDEN)	1,3
1989	0,2

- 1) Bei den Bundestagswahlen von 1957-1969 kandidierte die KPD nicht, da das Bundesverfassungsgericht 1956 die KPD verbot. 1968 wurde die DKP neu gegründet, da das Verbotsurteil der KPD nicht aufgehoben wurde. Bei der Bundestagswahl kandidierte die neugegründete DKP in dem Wahlbündnis ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt).
- 2) Einzelbewerber auf der Liste FRIEDEN (daher sind nur Erststimmen ausgewiesen). Keine Kandidatur als Partei.

Schon bei der Europawahl 1984 kandidierte die DKP nicht selbständig, sondern Einzelkandidaten auf der Friedensliste. Ab 1990 ist die DKP bei Bundestags- und Europawahlen nicht eigenständig aufgetreten. Einzelne DKP-Mitglieder kandidierten auf der PDS-Liste.

³⁶ vgl. Heimann, 1983, S. 958 ff, Wilke, 1990, S.151 ff

³⁷ Heimann, 1983, S. 910

Auf der Basis der Wahlergebnisse soll geklärt werden, ob es der PDS gelungen ist, in das SPD- oder Grünen-Potenzial einzudringen oder ob die PDS in erster Linie an die Hochburgen der Parteien der „ewigen Wahrheit“ anknüpft. Als Datenbasis dienen zunächst die Wahlergebnisse auf Wahlkreisebene seit der Bundestagswahl 1953. Da im Datensatz die jeweiligen Gebietsreformen proportional umcodiert und berechnet wurden, kann eine Kontinuitätslinie bis 1953 hergestellt werden. Aufgrund des KPD-Verbots sind die Wahlen von 1957 bis 1965 nicht beinhaltet. Berlin könnte wegen der Besonderheit des Wahlrechts erst ab 1990 in die Analyse mit einfließen, wird aber ausgeklammert, da keine kontinuierlichen Daten ab 1953 vorliegen.³⁸

Ziel ist es, regionale Hochburgen der orthodoxen und undogmatischen linken Parteien und der PDS auf Bundestagswahlkreisebene zu finden. Die einzige Partei, die auf der Wählerebene über eine gewisse Kontinuität verfügt ist die DKP. Daher findet eine analytische Beschränkung auf die DKP (KPD, DKP, Liste Frieden) statt. Als Hochburg wurden die Wahlkreise definiert, in denen sowohl die KPD/DKP/Liste Frieden als auch die PDS bei jeder der Bundestagswahlen ein über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erzielten. Diese Definition von Hochburgen ist zwar über den langen Zeitraum sehr streng, ermöglicht es aber, klarere Konturen zu zeichnen.

Bei dieser Vorgehensweise zeigt sich, dass eindeutige Kontinuitätslinien vorhanden sind. Zu den Hochburgen der KPD/DKP/Liste Frieden zählt ein großer Teil der Wahlkreise, die auch zu den Hochburgen der PDS zählen.

In folgenden Wahlkreisen lag sowohl das PDS als auch das Ergebnis der kommunistischen Parteien von der Bundestagswahl 1953 bis 1998 **immer** über dem Durchschnitt:

Hamburg (Mitte, Altona, Eimsbüttel, Nord), Bremen (Ost, West, Bremerhaven, Nord), Köln I, Wuppertal I und II, Solingen-Remscheid, Düsseldorf, Essen I und III, Dortmund I und III, Kassel, Frankfurt a.M. II und III, Mannheim I, München Mitte.³⁹

³⁸ Die 22 Abgeordneten des Landes Berlin wurden aufgrund des Viermächtestatus Berlins nicht direkt gewählt, sondern vom Berliner Abgeordnetenhaus entsprechend der Stärke der dort vertretenen Parteien bestimmt. Um die Vergleichsebene (Bundestagswahlen) gleich zu halten, wurde auf die Analyse der Ergebnisse der Berliner Abgeordnetenhauswahlen verzichtet.

³⁹ Weitergehende statistische Untersuchungen auf der Aggregatebene sind in Vorbereitung. Bislang sind aufgrund der Datenlage und der geringen Fallzahl nur deskriptive Analysen möglich.

Somit ergibt sich auf Wahlkreisebene eine starke Nähe der PDS zu ihren kommunistischen westlichen Vorgängerparteien. Der bisher geringe Zuwachs der PDS im Westen spricht außerdem nicht dafür, dass es der PDS gelungen ist, in SPD oder Grünen-Wählerpotenziale einzudringen. Diese „K“-Koalition auf Wählererebene erscheint auch plausibel, weil die PDS ihre Mitglieder aus diesem Milieu rekrutierte.⁴⁰

In einem zweiten Schritt sollen die Wählerwanderungen bei den Bundestagswahlen ab 1990 analysiert werden und somit gefragt werden, von welchen Parteien die PDS bislang Wähler mobilisieren konnte. Bei der Analyse des Zugewinnkontos wird die These geprüft, ob es der PDS gelungen ist, in die Wählerpotenziale der Grünen und der SPD im Westen einzudringen.

Betrachtet man zunächst das Wahlergebnis der 1990er Bundestagswahl, scheint sich die These zu bestätigen, dass die PDS fast ausschließlich ehemalige Grünen-Wähler erreichte (bei einem Wahlergebnis von 0,3 Prozent). Hätte die PDS auch bei den darauffolgenden Wahlen überdurchschnittliche Zugewinne bei den Grünen erzielen können, würde das für einen kontinuierlichen Zuwachs aus dem Grünen-Potenzial sprechen. Allerdings sind nicht nur die absoluten, sondern auch die relativen Zuwächse im Westen sehr gering. 1994 erreichte sie 1,0 und 1998 1,2 Prozent. Daher scheint es plausibel, dass die PDS nicht in die breite Grünen-Wählerschaft vordringen konnte, sondern nur in die ideologischen Randbereiche.

Der Zuwachs der PDS aus dem Grünen-Potenzial war bei den Wahlen 1994 und 1998 gering. Hierbei ist zu bedenken, dass die Grünen generell Wähler für sich gewinnen können, deren Wahlverhalten häufig von Protestmotiven bestimmt wird. Dieses Protestpotenzial fluktuiert zwischen Nichtwahl und der Wahl kleinerer vorwiegend „unetablierter“ Parteien, zu denen auch „noch“ die Grünen zählen. Dass die PDS auch von den Republikanern, den sonstigen Parteien und aus dem Nichtwählerlager Stimmen gewinnen konnte, spricht für die These, dass die PDS ein – wenn auch sehr kleines – fluktuierendes Protestpotenzial im Westen binden kann. Auch der geringe Zuspruch ehemaliger SPD- oder auch CDU-Wähler spricht dafür, dass größere Teile der PDS-Wählerschaft Protestwähler sind, die keine oder nur eine schwache ideologische Bindung an Parteien aufweisen, der Protest also eher diffuser Natur ist. Hier ist jedoch anzumerken, dass die Einstellungsmerkmale der PDS-Anhängerschaft Hinweise darauf geben, dass auch ideologische Momente ei-

⁴⁰ s. o.

ne Rolle für die Wahl der PDS im Westen spielen. Da die Fallzahl im Westen jedoch so gering ist, können die Untersuchungen, die darüber Aufschluss geben, nicht berücksichtigt werden.

Indizien für den langsamen Beginn einer Konkurrenzsituation von PDS und SPD, welche mit der Entwicklung der Grünen in den 80er Jahren vergleichbar wäre, sind derzeit im Westen nicht erkennbar. Zwar hat die PDS auch einige Stimmen ehemaliger SPD-Wähler gewinnen können, eine zunehmende Akzeptanz der PDS innerhalb der SPD-Anhängerschaft ist jedoch nicht ersichtlich.

Zusammensetzung der PDS-Wählerzugewinne und -verluste bei den Bundestagswahlen

	1990		1994		1998	
	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %	West %
CDU	-5,4	1,0	24,5	9,8	34,2	*
SPD	-28,9	12,9	26,8	28,4	13,1	40
FDP	-7,8	3,2	14,2	7,4	2,6	10
B90/Grüne	-6,8	72,0	11,4	16,7	7,8	20
REP	-1,4	3,2	2,6	5,4	*	*
andere	*	1,0	3,6	12,3	*	-
Nichtwähler	-51,0	6,4	16,9	20,0	47,0	30

Quelle: eigene Berechnung anhand der Infas-Wählerwanderungsbilanz, Basis: saldierte Gewinne; vgl. Infas-Report, Politogramm, 1990, Bundestagswahl 1990, S. 108, 114 Bezugsgröße ist die Volkskammerwahl; Infas, Politogramm Report Wahlen, 1994, Bundestagswahl 1994, S. 55; Infratest dimap, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998, S. 46, 50 nicht beinhaltet sind Generations- und Ortswechsler. Die Wählerwanderungsbilanz ist eine Modellrechnung, welche die individuellen Wählerbewegungen beinhaltet.

* Da die PDS 1990 bei den sonstigen Parteien leichte Zugewinne hatte, wurden diese Parteien aus der Modellrechnung herausgenommen. 1998 wurden die rechten und sonstigen Parteien im Osten und die CDU und sonstigen Parteien im Westen aus der Modellrechnung herausgenommen, da die PDS gegenüber diesen Parteien Verluste hatte.

5.2 Schlussfolgerung: Die Wahlaussichten der PDS im Westen

Insgesamt deuten diese Indikatoren in eine Richtung: die PDS wird auch in Zukunft im Westen eher ein Schattendasein führen. Bislang ist es ihr nicht gelungen, in nennenswertem Ausmaß in die für sie relevanten Wählerpotenziale der Grünen und der SPD einzudringen. Von dem schon 1990 von Gregor Gysi ausgegebenen Ziel, im Westen ein „Milliönchen“ Stimmen zu gewinnen, ist die PDS auch zehn Jahre nach der Vereinigung weit entfernt. Sie mobi-

lisiert, außer der Klientel auf der extremen Linken, eine kleine Anzahl fluktuierender Protestwähler. Da sie an Hochburgen der extremen Linken seit den 50er Jahren anknüpft, scheint zudem ihr Wachstumspotenzial begrenzt. Von der Kern- und Randklientel der SPD und der Grünen ist sie weit entfernt.

Ursachen für den mangelnden Zuspruch in den alten Ländern liegen in der Partei und ihrer Mitgliedschaft selbst. Zum einen ist die PDS im Westen noch lange nicht programmatisch angekommen. Die inhaltlichen-programmatischen Angebote der PDS unterliegen in erster Linie der ideologischen und traditionellen Maxime der Kapitalismusanalyse und –kritik.⁴¹ Die PDS zeichnet vor allem im Westen durch eine programmatische Wirklichkeitsferne aus. Hinzu kommt, dass große Teile der Repräsentanten der PDS im Westen, durch ihre sektiererische Vergangenheit, auch nicht in der Lage sind, neue Politikkonzepte glaubhaft zu vertreten. Die wenigen Personen, die von der SPD oder den Grünen zur PDS kamen, waren schon in ihren alten Parteien politisch weitgehend isoliert, da sie auch dort extreme Randpositionen einnahmen, die gerade noch „geduldet“ wurden. Eine Sogwirkung auf breitere linke Kreise, scheint unter diesen Gegebenheiten mehr als unwahrscheinlich. Zwar ist nicht auszuschließen, dass es der PDS durch eine Mobilisierung von Protestwählern gelingen kann, punktuelle Wahlerfolge vorzuweisen, eine dauerhafte Etablierung wird allerdings auch durch solche Wahlerfolge nicht wahrscheinlicher.

6. Die Sozialstruktur der PDS-Wähler

Im folgenden werden die sozialstrukturellen Besonderheiten der PDS-Anhängerschaft in Ost und West dargestellt und verglichen.

6.1 Alter und Geschlecht

Im Unterschied zu den Wählerschaften der anderen Parteien ist die Altersstruktur der PDS-Anhänger im Osten eher homogen. Während die Union ein

⁴¹ Insbesondere der PDS-Parteitag in Münster im April 2000 hat verdeutlicht, wie schwer der PDS sachpolitische Positionen fallen. Die z.T. realitätsfernen Inhalte der Anträge, die auch vom Erkenntnisstand und der Analyse der politischen Situation weit hinter denen der anderen Parteien zurückliegen, deuten darauf hin, dass die PDS sich weder auf dem Weg der Politik- noch der Regierungsfähigkeit befindet. Die PDS orientiert sich wieder verstärkt in ihren Anträgen an ihrem politischen Grundsatz, dem Antikapitalismus, gekoppelt mit anti-westlichen Ressentiments.

eindeutiges Übergewicht der älteren Wähler und die Grünen der jüngeren Wähler haben,⁴² sind die Abweichungen vom Durchschnitt bei der PDS weniger deutlich ausgeprägt.

Insgesamt sind die Differenzen in der Alterstruktur kaum ausgeprägt, so dass man nicht von einem generativen Wahlverhalten sprechen kann. Die Sozialisationsthese kann zumindest für das Wahlverhalten der unterschiedlichen Altersgruppen zurückgewiesen werden. Sie könnte bestätigt werden, wenn die PDS in den Anhängerschaften überdurchschnittlichen Zuspruch erhielte, die ihre Sozialisation in der DDR erfahren haben. Der Zuspruch in den Jahrgängen ab ca. 35 Jahre müsste demnach größer sein, als bei den jüngeren Jahrgängen. Wäre ein Sozialisationseffekt hier erkennbar – also dass die jetzigen Einstellungen und das Verhalten durch die Sozialisation in der DDR geprägt wurden – müssten die mittleren bis älteren Altersgruppen überdurchschnittlich zur PDS neigen.

Abweichungen vom durchschnittlichen Ergebnis bei Bundestagswahlen			
	PDS 1990 %	PDS 1994 %	PDS 1998 %
Männer insg.	2,8	4,6	5,2
18-24 Jahre	-0,1	+0,2	+0,2
25-34 Jahre	+/-0	+0,6	-0,3
35-44 Jahre	+0,2	+0,4	+0,5
45-59 Jahre	+/-0	-0,7	+/-0
60 Jahre u.ä.	+0,1	-0,4	-0,8
Frauen insg.	2,5	4,2	5,1
18-24 Jahre	-0,2	+1,3	+2,1
25-34 Jahre	+0,3	+1,4	+0,1
35-44 Jahre	+0,2	+0,9	+0,4
45-59 Jahre	+/-0	+0,1	+0,3
60 Jahre u.ä.	-0,3	-1,6	-0,9

Quelle: 1990, Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den neuen Ländern 1946-1999 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, (Konrad-Adenauer-Stiftung, Hrsg.); Da die repräsentative Wahlstatistik für 1994 und 1998 nicht erhoben wurde, liegen den Berechnungen die Wahltagsbefragungen zugrunde: 1994: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 76, 1998: Infratest dimap, Wahlreport (eigene Berechnung).

Die PDS erhält im Zeitverlauf in allen Altersgruppen einen der jeweiligen Größe dieser Gruppe entsprechenden Zuspruch. Abweichungen vom Durchschnitt

⁴² Molitor/Neu, 1999

sind eher gering.⁴³ Der Zuwachs der PDS-Anhängerschaft wirkt somit gleichförmig in die Bevölkerung hinein. Lebenszykluseffekte und generatives Wahlverhalten hat somit auf die Wahrscheinlichkeit, die PDS zu wählen, nur einen geringen Einfluss.

Alter der PDS-Anhänger in den neuen Ländern										
	18-24 Jahre		25-29 Jahre		30-44 Jahre		45-59 Jahre		60 Jahre u.ä.	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1990	14	12	19	12	27	28	25	25	15	23
1991	10	12	8	9	33	30	25	26	25	24
1993	13	12	6	9	21	29	23	27	38	24
1994	8	10	13	11	26	29	26	26	28	25
1995	9	10	9	10	28	28	28	27	25	25
1996	12	10	13	9	24	29	29	27	22	26
1997	12	11	7	8	26	28	32	27	22	26
1998	5	11	7	7	31	29	25	26	33	27

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile,

Die Betrachtung von Alter und Geschlecht zeigt allerdings, dass es innerhalb der Altersgruppen Unterschiede gibt.⁴⁴ So findet sich bei Wahlen teilweise – aber nicht durchgängig - der Trend, dass die PDS bei jüngeren Frauen überproportionalen Zuspruch findet. Bei der Bundestagswahl 1994 hat die PDS in der Altersgruppe der 18- bis 34jährigen Frauen 1994 ihren Anteil im Vergleich zur Bundestagswahl 1990 mehr als verdoppelt und findet etwa bei einem Viertel der Wählerinnen in dieser Altersgruppe Zuspruch. Diesen Vorsprung konnte die PDS auch 1998 halten.

⁴³ Leichte Abweichungen können auch innerhalb des statistischen Messfehlers liegen.

⁴⁴ vgl. Rattinger, 1994, S. 73 ff

 Wahlverhalten der jüngeren Frauen in den neuen Bundesländern

	BTW 90	BTW 94	BTW 98	BTW 90	BTW 94	BTW98	BTW 90	BTW 94	BTW98
Alter	18-24	18-24	18-24	25-34	25-34	25-34	insg. (Männer und Frauen)	insg.	insg.
CDU	32,9	25,2	23,9	36,2	27,5	21,1	41,4	38,5	27,4
SPD	23,7	29,9	29,1	24,6	33,7	31,5	24,1	31,5	35,2
FDP	12,2	3,0	5,4	12,6	2,9	1,6	13,0	3,5	3,3
B90	13,5	10,9	6,1	10,0	8,6	8,1	5,5	4,3	4,0
PDS	11,4	25,0	25,8	12,0	26,0	24,8	11,5	19,8	21,5

Quelle: BTW 90: Wahlergebnisse in der Bundesrepublik und in den Ländern 1946-1998 - insgesamt und nach Alter und Geschlecht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, 1998. Dargestellt sind für 1990 die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik; für die BTW 94: Wahltagsbefragung Forschungsgruppe Wahlen e. V. ; für die BTW 98: Infratest dimap, Wahlreport, Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27. September 1998. Aufgrund des Stichprobenfehlers weichen die Insgesamt-Ergebnisse von den tatsächlichen Wahlergebnissen leicht ab.

In den alten Ländern ergibt sich ein anderes Bild. Dort sind die jüngeren Altersgruppen eindeutig überrepräsentiert. Etwa drei Viertel der West-Anhänger sind unter 44 Jahren, während der Anteil in der Bevölkerung bei etwa der Hälfte liegt. Die PDS findet den stärksten Zuspruch bei den Jung- und Erstwählern. Sie finden sich etwa doppelt so häufig in der PDS-Anhängerschaft wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Dementsprechend unterrepräsentiert sind die älteren Jahrgänge der über 60-Jährigen.

 Alter der PDS-Anhänger in den alten Ländern
 1990-1998

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Alter		
18-24 Jahre	23	11
25-29 Jahre	15	10
30-44 Jahre	32	27
45-59 Jahre	23	25
60 Jahre und älter	6	28

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

Das Verhältnis der Geschlechter ist bei der PDS in den neuen Ländern tendenziell ausgewogen. Bis 1996 fand die PDS bei Männern einen leicht überdurchschnittlichen Zuspruch, 1998 bei den Frauen. Doch wie das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1998 bestätigt, sind

geschlechtsspezifische Unterschiede nur gering vorhanden – mit der Ausnahme der stärkeren Zuwendung der jüngeren Frauen zur PDS.

Geschlecht der PDS-Anhänger in den neuen Ländern				
	PDS-Anhänger		Gesamt	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
1990	47	53	47	53
1991	57	43	48	53
1993	49	51	48	53
1994	50	51	47	53
1995	56	44	48	52
1996	52	48	47	53
1997	47	53	48	52
1998	42	58	47	53

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile

In den alten Ländern dominieren die Männer (55 Prozent). Dies kann mit der in der Wahlforschung häufig beobachteten stärkeren Zurückhaltung der Frauen gegenüber den nicht etablierten oder auch extremistischen Parteien erklärt werden.⁴⁵ So weist die Wählerschaft der Parteien der extremen Rechten regelmäßig einen größeren Männeranteil auf. Als die Grünen noch nicht zu den „etablierten“ Parteien gezählt werden konnten, hatten auch sie ein Frauendefizit. Und dies obwohl die Grünen als die „Frauenpartei“ antraten. Erst bei der Bundestagswahl 1994 ist der Frauenanteil der Grünen über den Männeranteil gestiegen, bis dahin hatten die Grünen ein Frauendefizit.

Geschlecht der PDS-Anhänger in den alten Ländern 1990-1998		
	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Männer	55	47
Frauen	45	53

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

¹⁸ vgl.: Molitor, 1992

6.2 Die sozioökonomische Lage

Auch bei der Berufsstruktur weist die PDS im Osten seit 1990 ein relativ stabiles Muster auf. Der Arbeiteranteil ist generell unterdurchschnittlich, der Anteil der Angestellten und hier vor allem der Anteil der leitenden Angestellten ist überdurchschnittlich hoch.

Betrachtet man die PDS-Anhängerschaft im Zeitverlauf, ergeben sich einige interessante Punkte, die darauf hinweisen, dass die PDS-Anhänger von der Transformation in den neuen Ländern stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt betroffen sind. Der Anteil der Arbeitslosen liegt zwar im Zeitverlauf etwa im Durchschnitt, die Entwicklung der Rentner verläuft aber diskontinuierlich. 1990 lag der Rentneranteil in der PDS-Anhängerschaft 6 Prozentpunkte unter dem der Bevölkerung. 1991 lag er um 13 Punkte höher. Es gibt keinen Hinweis, dass der dramatische Anstieg der Rentner durch eine Verschiebung des Altersanteils in der PDS-Anhängerschaft verursacht sein könnte. Vielmehr scheint sich hierin eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit durch die Vorruhestandsmaßnahmen im Zuge der deutschen Einheit abzuzeichnen.

Als Trend lassen sich Nivellierungstendenzen in der PDS-Anhängerschaft feststellen. Auch hier muss die Sozialisationsthese relativiert werden. Ein großer Teil der Wähler der PDS ist nicht aufgrund ihrer Sozialisation in der DDR unverrückbar an die Partei gebunden (die PDS ist 2000 nicht mehr die Partei der „ewig Gestrigen“). Mit dem Anstieg der PDS-Wählerschaft ab 1993 schleifen sich die spezifischen sozialstrukturellen Muster ab. Vor allem die starke Unterrepräsentation der Arbeiter wird geringer. Zwar bleibt eine Kernstruktur vorhanden (Unterrepräsentation von Arbeitern und Überrepräsentation von vor allem leitenden Angestellten), die Zuwächse der PDS finden jedoch homogen in allen Gruppen statt, d.h. der prozentuale Anteil bleibt bei den Zuwächsen relativ konstant. Dies spricht für eine gleichförmige Mobilisierung in allen Bevölkerungsschichten.

 Berufstätigkeit der PDS-Anhänger in den neuen Ländern

	berufstätig		arbeitslos/ Kurzarbeit		Rentner		Hochschule		Sonstige	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %%	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1990	66	63	4	5	16	22	3	3	11	6
1991	50	51	10	17	36	23	2	6	2	4
1993	41	47	19	15	36	31	3	5	1	3
1994	45	49	13	14	35	31	6	4	1	2
1995	48	47	14	15	30	31	6	6	2	2
1996	43	42	17	18	27	30	9	6	5	4
1997	41	41	24	20	25	29	5	7	5	3
1998	41	45	20	18	35	29	3	5	2	3

Die Kategorie „Hochschule“ umfasst: Studierende (Universitäten und Fachhochschulen); Auszubildende, Zivil- und Militärdienstleistende; in der Kategorie „Sonstige“ sind neben nicht klassifizierbaren und fehlenden Angaben auch Hausfrauen zusammengefasst; in der Kategorie Rentner ist auch der Vorruhestand beinhaltet.

 Berufsgruppen der PDS-Anhänger in den neuen Ländern

	Arbeiter		Angestellte		leitende Angestellte		Beamte		Freie Berufe Selbständige		Sonstige	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1991	16	40	37	32	18	13	-	1	6	5	22	10
1993	28	38	39	36	22	14	-	1	4	6	7	6
1994	29	41	37	31	23	15	2	2	4	6	4	5
1995	24	39	40	34	24	14	-	1	3	6	8	7
1996	30	41	38	36	19	11	2	1	4	6	8	6
1997	36	38	33	31	19	15	3	2	3	6	8	9
1998	27	38	36	32	23	15	1	2	8	6	6	8

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile; In der Kategorie „Sonstige“ sind auch Landwirte beinhaltet.

Die Berufsstruktur der PDS-Anhänger in den alten Ländern weicht von der Gesamtbevölkerung nur in wenigen Punkten ab, die allerdings in erster Linie als Alterseffekte zu erklären sind. Da die PDS-Anhänger in den alten Ländern deutlich jünger sind als die Bevölkerung, ist der Anteil der Berufstätigen und derjenigen, die in einer Ausbildung (Hochschule) sind, naturgemäß höher. Wie auch im Osten sind leitende Angestellte in der PDS-Anhängerschaft im Westen überrepräsentiert. Der proportional größere Arbeiteranteil der PDS in den alten Ländern kann als Hinweis gewertet werden, dass die PDS eine eher janusköpfige Anhängerschaft hat. Zum einen hat sie die Sozialstruktur einer „Klassenpartei“, zum anderen weist sie Züge einer kommunistischen Elitenpartei auf. Diese Dichotomie erinnert an die Zusammensetzung der DKP/KPD, die ebenfalls sowohl von Akademikern als auch von Arbeitern stark geprägt war.

Berufsstruktur der PDS-Anhänger in den alten Ländern 1990-1998

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Berufstätigkeit		
Berufstätig	59	49
Lehre, Berufsausbildung, Hochschule, Militär	21	8
Arbeitslos, Kurzarbeit	7	4
Rentner	6	23
Sonstiges (inkl. Hausfrau)	8	16
Beruf		
Arbeiter, Facharbeiter	32	28
Angestellte	32	34
Leitende Angestellte	14	10
Beamte	7	7
Selbständige/Freie Berufe	5	7
Sonst./nie berufstätig/Landwirte	11	14

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

Wie Umfragen zeigen, hat die PDS-Anhängerschaft in Ost und West ein über dem ostdeutschen Durchschnitt liegendes Bildungsniveau. Andererseits macht der Trend deutlich, dass sich die PDS-Anhängerschaft in den neuen Ländern im Zeitverlauf im Bildungsniveau egalisiert hat. Die alte „Intelligenz“ bekennt sich zwar nach wie vor in hohem Maße zur Nachfolgepartei der SED, der Zuwachs der Anhängerschaft rekrutiert sich zunehmend aus anderen Bildungsgruppen.

 Bildungsniveau der PDS-Anhänger in den neuen Ländern

	Hauptschule		Realschule		Abitur		FH/Uni		Sonstiges	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1991*	25	44	8	24	29	16	37	14	2	3
1993	28	50	17	22	23	12	25	12	8	5
1994	42	56	18	20	14	10	24	12	2	3
1995	21	40	28	28	18	12	30	14	3	7
1996	23	35	35	36	16	11	20	11	6	8
1997	34	42	27	30	19	14	19	13	1	1
1998	40	45	23	28	17	13	20	13	-	1

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

* bei den Angaben für 1991 sind umfragetechnische Messfehler in der Selbsteinstufung der Schulabschlüsse nicht auszuschließen. Die Kategorie Hauptschule umfasst Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse, Realschule entspricht Polytechnischer Oberschule mit Abschluss 10. Klasse; Abitur entspricht Erweiterter Oberschule (EOS).

Wie schon bei der Berufsstruktur beginnt der Egalisierungstrend auch bei der Bildungsstruktur der PDS in den neuen Ländern etwa 1993/1994. Während 1991 nur ein Drittel der PDS-Anhänger über ein niedriges bis mittleres Bildungsniveau verfügte und zwei Drittel über ein hohes Bildungsniveau, setzte 1993 ein Veränderungsprozess ein. Bis 1998 haben sich die Größenordnungen etwa umgedreht. Etwa zwei Drittel der PDS-Anhänger weisen ein niedriges bzw. mittleres Bildungsniveau auf, ein Drittel ein hohes. Damit hat die PDS-Anhängerschaft zwar immer noch ein über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegendes Bildungsniveau, die Nivellierungstendenzen sind aber auch hier unübersehbar.

Bildungsniveau der PDS-Anhänger in den neuen Ländern						
	Niedrig/Mittel			Hoch		
	PDS %	Gesamt %	Diff. %	PDS %	Gesamt %	Diff.
1991	33	68	-35	66	30	+36
1993	45	72	-27	48	24	+24
1994	60	76	-16	38	22	+16
1995	49	68	-19	48	26	+22
1996	58	71	-13	36	22	+14
1997	61	72	-11	38	27	+11
1998	63	73	-10	37	26	+11

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile; fehlende Werte zu 100 Prozent: Kategorie „sonstige“

Das hohe Bildungsniveau der PDS-Anhänger in den neuen Ländern ist neben dem überdurchschnittlichen Anteil leitender Angestellter ein Zeichen für die nach wie vor starke Bindung der DDR-Eliten an die PDS. Da der Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten bzw. schon zur EOS nicht frei, sondern staatlich reglementiert war, fand hier schon eine Vorauswahl statt. Zudem wurde die Ausbildung in allen Fächern von einer ideologischen Schulung begleitet. Da die DDR besonderen Wert auf eine auch ideologische Nähe zum System ihrer Eliten legte, steigt dadurch die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit höherer Bildung „systemnäher“ waren als Personen, die nicht zur „sozialistischen Dienstklasse“ gehörten.

Die PDS-Anhänger in den alten Ländern zeichnen sich wie diejenigen in den neuen Ländern durch ein erhöhtes Bildungsniveau aus. Allerdings ist das absolute Niveau etwas zu relativieren, da es sich hierbei auch um einen Alterseffekt handelt (Bildungsgefälle bei den älteren Kohorten durch Einsetzen der Bildungsrevolution in den 60er und 70er Jahren). So hat mehr als ein Drittel der PDS-Anhänger in den alten Ländern ein hohes Bildungsniveau (Abitur/Universität) und nur ein Fünftel der Bevölkerung.

 Bildungsniveau der PDS-Anhänger in den alten Ländern 1990-1998

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Bildung (je höchster Abschluss)		
Hauptschule	33	51
Realschule	27	25
Abitur	22	13
Fachhochschule/Universität	15	8
Sonstiges	3	3

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

Untersucht man als letzten Faktor gesellschaftlicher Stratifikation das Haushaltseinkommen der PDS-Anhänger, zeigt sich, dass auch das Nettoeinkommen etwa im Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Auch hier lassen sich die oben beschriebenen Trends der Nivellierung zeigen. 1991 lag das Einkommen der PDS-Anhänger deutlich über dem Durchschnitt. Vor allem in der Einkommensgruppe von über 4.000 DM und mehr waren die PDS-Anhänger überdurchschnittlich häufig vertreten, was die These der Partei der ehemaligen Eliten stützt. Zwar ist die PDS-Anhängerschaft nach wie vor mit einem besseren Einkommen ausgestattet, allerdings hat sich die einseitig schiefe Verteilung verändert. Seit etwa 1993 setzt ein Angleichungsprozess der Einkommensstruktur ein. Dies könnte auf soziale Abstiegsmobilitäten der PDS-Anhängerschaft genauso wie auf Aufstiegsmobilitäten der nicht von der DDR-Privilegierten hinweisen. Für die soziale Abstiegsmobilität der ehemaligen DDR-Nomenklatura spricht der Anstieg der Rentner und Vorruheständler innerhalb der PDS-Klientel. Dagegen spricht, dass die PDS in ihrer gesamten Sozialstruktur Nivellierungstendenzen zu verzeichnen hat.

Haushaltsnettoeinkommen der PDS-Anhänger in den neuen Ländern								
	bis 2.000 DM		bis 3.000 DM		bis 4.000 DM		über 4.000 DM	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1991	40	57	31	31	23	11	6	3
1993	23	29	32	31	29	23	16	17
1994	21	22	34	34	26	26	19	18
1995	21	22	31	31	27	27	22	20
1996	21	23	32	29	28	27	19	21
1997	28	27	35	30	22	23	15	20
1998	23	27	26	29	31	29	20	15

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

Das Haushaltseinkommen der PDS-Anhänger in den alten Ländern liegt etwa im Bevölkerungsdurchschnitt. Somit ist es für das hohe Bildungsniveau zwar eher niedrig, bezogen auf das niedrige Durchschnittsalter aber hoch. Da das Bildungsniveau allerdings überdurchschnittlich hoch ist, könnte dies auch darauf hindeuten, dass die PDS-Klientel in den alten Ländern sich häufiger in unterqualifizierten Beschäftigungsformen befindet. Das niedrige Alter der Klientel könnte darauf hinweisen, dass innerhalb der beruflichen Mobilität die hierarchischen „Endpositionen“ noch nicht eingenommen werden. Welcher der beiden Erklärungsansätze richtig ist, kann aufgrund des Datenmaterials (vor allem aufgrund der niedrigen Fallzahlen) nicht geklärt werden.

Haushaltsnettoeinkommen der PDS-Anhänger in den alten Ländern 1990-1998		
	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Haushaltsnettoeinkommen		
bis 2.000 DM	18	16
bis 3.000 DM	29	22
bis 4.000 DM	20	23
über 4.000 DM	34	39

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

Zieht man an dieser Stelle neben der objektiven Einkommenssituation auch noch subjektive Maße wie die Selbsteinstufung auf der Vereinigungsgewinner-Vereinigungsverlierer-Skala hinzu, wird die These des Statusverlustes der ehemaligen Privilegierten im Osten gestützt. Mehr als die Hälfte der PDS-Anhänger konstatiert für sich 1994 und 1996 eine Verschlechterung ihrer Situation im Vergleich zur DDR. Dies scheint unterschiedliche Ursachen zu haben. Innerhalb der Anhängerschaft sind Vertreter der ehemaligen Funktionseliten überrepräsentiert. Sie gehören somit überdurchschnittlich zu der Gruppe der Einheitsverlierer, die von der DDR profitierten, ihr unter Umständen einen Aufstieg zu verdanken haben, den sie mit spezifischer Loyalität erkaufte und die seit dem Mauerfall einen Abstieg in Kauf nehmen müssen. Dieser Abstieg bringt es mit sich, sich von alten Privilegien, beruflichen Sicherheiten und sozialem Status zu verabschieden. Innerhalb der Anhängerschaft der PDS hat sich ein "Underdog-Phänomen" breitgemacht, das mit dem Gefühl der Ausgrenzung, Diskriminierung und Chancenlosigkeit gekoppelt ist. Mit Blick auf das Haushaltseinkommen, scheint es sich bei einem Teil der PDS-Anhänger also weniger um die materiellen als um die „ideologischen“ Einheitsverlierer zu handeln.

Vereinigungsgewinner und -verlierer in den neuen Bundesländern

	Anhänger von					
	CDU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS	Bev. insg.
1994						
Gewinner ¹⁾	39	18	31	25	9	22
Stabile	42	42	38	50	31	42
Verlierer	20	40	31	25	60	36
1996						
Gewinner	35	24	29	28	16	22
Stabile	42	37	29	28	25	34
Verlierer	24	39	42	44	59	44

- 1) Selbsteinstufung auf einer von 1 (unten) bis 10 (oben) reichenden Skala; gefragt wurde nach der heutigen gesellschaftlichen Lebenslage und nach der Lebenslage vor der Vereinigung. Als "Gewinner" werden diejenigen eingestuft, die bei der heutigen Lebenslage einen höheren Skalenwert angaben als bei der Einstufung der früheren Lebenslage. Die Kategorien 'Verlierer' und 'Stabile' wurden analog gebildet. Fragetext: Man kann ja die Gesellschaft im Hinblick auf unterschiedliche Lebenslagen in oben und unten einteilen. Wenn Sie jetzt einmal an die bundesdeutsche Gesellschaft denken, wo würden Sie sich persönlich einordnen. ... Und wie war das vor der Wiedervereinigung, also vor 1990. Wie hätten Sie sich damals eingeordnet.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Archiv-Nr.: 9401; 9601

6.3 Kirchen und -Gewerkschaftsbindung

Die PDS-Anhängerschaft im Osten ist weder an Kirchen gebunden, noch hat sie eine Religionszugehörigkeit. In der PDS-Anhängerschaft ist die von der SED veranlasste Säkularisierung am weitesten fortgeschritten. Etwa 90 Prozent der PDS-Anhänger im Osten sind konfessionslos, ca. drei Viertel fühlen zudem keine Verbundenheit mit den Kirchen.

Religionszugehörigkeit der PDS-Anhänger in den neuen Ländern										
	evangelisch		katholisch		andere		keine		k.A.	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1990	11	34	1	6	-	1	87	58	1	1
1991	10	35	2	5	2	1	85	58	-	1
1993	10	31	3	5	-	2	87	62	-	-
1994	11	31	-	4	-	1	88	64	1	1
1995	8	27	2	3	2	1	89	66	-	1
1996	10	26	2	4	-	1	88	67	-	2
1997	10	27	1	4	-	1	87	68	1	1
1998	10	23	1	3	-	1	89	72	-	1

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

Kirchenbindung der PDS-Anhänger in den neuen Ländern - keine Verbundenheit -		
	PDS %	Gesamt %
1990	74	52
1991	80	55
1993	82	62
1994	82	59
1995	81	60
1996	82	67
1997	73	58
1998	77	61

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

 Gewerkschaftsbindung der PDS-Anhänger in den neuen Ländern

eine Bindung haben:		
	PDS-Anhänger %	Gesamt %
1990	72	58
1991	80	54
1993	68	44
1994	61	45
1995	57	46
1996	48	34
1997	57	46
1998	57	47

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile

Das ostdeutsche Muster der PDS-Anhänger findet sich fast spiegelbildlich in den alten Ländern wieder. Auch dort ist die Anhängerschaft von einer stärkeren Gewerkschafts- bei schwacher Kirchenbindung geprägt und zeichnet sich durch überproportionale Konfessionslosigkeit aus. So geben 42 Prozent an, keiner Konfession anzugehören (Bevölkerungsdurchschnitt: 10 Prozent).

 Kirchen- und Gewerkschaftsbindung der PDS-Anhänger in den alten Ländern
 1990-1998

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Konfession		
evangelisch	27	45
katholisch	27	42
keine	42	10
sonst.	4	3
Kirchenverbundenheit		
stark	6	18
etwas	23	48
keine	68	33
k.A.	2	2
Gewerkschaftsverbundenheit		
stark	12	7
etwas	46	34
keine	39	58
k.A.	3	2

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile; Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998

6.4 Zusammenfassung: Besonderheiten der Sozialstruktur

Die PDS im Westen ist männlicher und jünger als die PDS im Osten. Die Wähler im Westen zeichnen sich wie Wähler im Osten durch eine größere Distanz zu den Kirchen aus, sie haben jedoch eine stärkere Bindung an die Gewerkschaften. In beiden Gebieten haben die PDS-Anhänger ein überdurchschnittliches Bildungsniveau. Im Westen liegt der Arbeiteranteil leicht über dem Durchschnitt, im Osten ist er unterdurchschnittlich.

Zwar sind die sozialstrukturellen Muster der PDS-Wähler in den neuen Ländern seit der Volkskammerwahl alles in allem stabil. Schon bei dieser Wahl kristallisierte sich heraus, dass die PDS nicht primär eine heterogene Protestpartei, sondern auch eine Milieu- oder Gesinnungspartei ist. Aber der Wandel der Sozialstruktur der PDS-Anhänger hat aus der PDS eher eine Volkspartei gemacht. Die spezifischen sozialstrukturellen Unterschiede zur Gesamtbevölkerung in den neuen Ländern schleifen sich ab. Da das Potenzial der PDS kontinuierlich angewachsen ist, bedeutet dies, dass es ihr gelungen ist, über ihre spezifische Klientel hinaus, breit zu mobilisieren. Insgesamt weist die Sozialstruktur⁴⁶ der PDS-Anhängerschaft ein Doppelgesicht auf: Sie ist zum einen die Heimat der ehemaligen Elite der DDR zum anderen hat sie Züge einer sozialen Protestpartei.

7. Einstellungsmuster der PDS-Anhänger⁴⁷

Während die Zusammensetzung der Wählerschaft in Ost und West unterschiedlich ist, sind sich die Anhänger der PDS in West und Ost auf der Einstellungsebene eher ähnlich. In der PDS-Anhängerschaft dominiert der Pessimismus. Dies findet sich in der Einschätzung der wirtschaftlichen, der eigenen finanziellen Situation sowie in den Erwartungen wieder, wie sich die zukünftige wirtschaftliche und finanzielle Lage verändern wird. In allen Faktoren neigen die Anhänger in West (s. Tabelle) und Ost (ohne Tabelle) zu negativeren Einschätzungen als die Gesamtbevölkerung.

⁴⁶ vgl. Falter/Klein, 1994, S. 22ff., Klein/Caballero, 1996, S.229 ff, Deinert, 1997

⁴⁷ Neu, 1994, S. 156 ff; diess.: 1995a, 1995b, S. 35ff, 1998

 Wirtschaftliche Einstellungen der PDS-Anhänger in den alten Ländern
 1990-1996

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Wirtschaftliche Lage		
sehr gut/gut	27	36
teils/teils	37	41
schlecht/sehr schlecht	35	22
Zukünftige wirtschaftliche Lage		
besser	13	20
gleichbleibend	36	48
schlechter	52	32
Eigene finanzielle Lage		
sehr gut/gut	47	58
teils/teils	37	33
sehr schlecht/schlecht	16	9
Eigene finanzielle Lage in einem Jahr		
mehr leisten	12	11
weniger leisten	32	27
gleichbleibend	56	61

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1996.

Auch wenn in der PDS-Anhängerschaft die Befürchtung weit verbreitet ist, finanzielle Einschränkungen hinnehmen zu müssen, geben die Ost-Anhänger nicht signifikant häufiger an, dass sie selbst oder jemand anderes im Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen seien. In diesem Bereich hat die PDS-Anhängerschaft wahrscheinlich die Talsohle durchschritten. Wie die Analyse der Sozialstruktur zeigt, waren die PDS-Anhänger nach der deutschen Vereinigung beruflich von den Umstrukturierungen stärker betroffen. Anders verhält es sich mit der Anhängerschaft im Westen. Zwar sind sie etwas stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Gesamtbevölkerung, die mentale Situation ist jedoch wesentlich negativer als in der Gesamtbevölkerung. So fühlt sich jeder Fünfte in der PDS-Anhängerschaft von Arbeitslosigkeit bedroht (Gesamtbevölkerung: 8 Prozent). Dieses Phänomen findet sich auch bei den Anhängern der rechtsextremen Parteien, die ein ausgesprochenes „Underdog“-Gefühl besitzen.

Bedrohung von Arbeitslosigkeit (Mitglied des Haushalts)		
	PDS-Anhänger	Gesamt
Neue Länder		
1990	46	42
1993	33	29
1994	36	34
1995	34	32
1996	35	34
1997	43	36
1998	40	39
Alte Länder		
1990-1998	20	8

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998.

Der Pessimismus wird noch dadurch verstärkt, dass viele PDS-Anhänger in den neuen Ländern glauben, die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik sei ungerecht bzw. sie würden von der Gesellschaft ungerecht behandelt. Sie empfinden die Wiedervereinigung als Phase individuellen Abstiegs und sehen sich heute auf der Verliererseite des Lebens stehen.

Gerechtigkeit des Gesellschaftssystems bei den Anhängern der PDS in den neuen Ländern						
	eher gerecht		eher ungerecht		teils/teils	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1991	2	11	52	33	46	57
1993	5	9	72	48	23	43
1996	3	10	75	55	20	34
1997	4	9	74	57	23	34
1998	3	7	71	57	26	38

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

**Zugehörigkeit zu benachteiligter Gruppe
in den neuen Ländern**

	eher benachteiligt		eher bevorzugt		weder/noch	
	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %	PDS %	Gesamt %
1991	40	38	10	4	50	58
1993	40	30	6	5	55	64
1996	39	31	1	4	61	66
1997	40	29	3	4	56	65
1998	36	33	2	4	61	62

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile.

Auch in dieser Einstellungsdimension zeigt sich zwischen den Anhängern der PDS im Westen und im Osten eine hohe Kohärenz. In den alten Ländern sind Benachteiligungsgefühle ebenso weit verbreitet wie in den neuen Ländern.

**Einstellungsdimensionen der PDS-Anhänger in den alten Ländern
1990-1998**

	PDS-Anhänger %	Gesamt %
Gerechtigkeit des Gesellschaftssystems		
eher gerecht	1	22
eher ungerecht	74	34
teils/teils	23	43
keine Angabe	1	1
Zugehörigkeit zu benachteiligter Gruppe		
eher benachteiligt	43	20
eher bevorzugt	9	11
weder/noch	49	68

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, Kumulierter Datenfile, Gesamtkumulation der Einzelstudien von 1990-1998.

8. Schlussfolgerung

Die PDS kann nur vordergründig eine positive Bilanz ihrer Wahlergebnisse ziehen: Ihr ist es seit 1990 weitgehend gelungen, ihre Vorwahlergebnisse zu halten oder zu verbessern und sie hat ihr Hauptziel, den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 1994 und 1998 sowie 1999 auch den Einzug in das Europäische Parlament erreicht. Diese positive Wahlbilanz täuscht aber darüber hinweg, dass sich die strategische Situation der PDS seit 1990 im Westen nicht deutlich verbessert hat und sie von der Verwirklichung zentraler Ziele nach wie vor weit entfernt ist.

Der PDS war und ist es bislang nicht gelungen, eine bundesweit flächendeckende Organisationsstruktur aufzubauen. Das von Gysi schon im Bundestagswahlkampf 1990 gesteckte Ziel "Ein Milliönchen Stimmen im Westen" hat die PDS weder bei der Bundestagswahl 1994 mit etwa 370.000 Wählern noch bei der Bundestagswahl 1998 mit 460.000 Stimmen erreicht: In den alten Bundesländern hat die PDS im Laufe der Jahre ihre Mitgliedzahl ausbauen können, allerdings auf äußerst niedrigem Niveau. Nicht nur die geringe Anzahl von Mitgliedern verhinderte das Ziel, in der Bevölkerung Fuß zu fassen.

Eine breitere Akzeptanz wird durch die politische Herkunft der West-Mitglieder erschwert. Viele dieser Mitglieder stammen aus der linkssektierischen und teilweise auch aus der linksradikalen Szene, die seit längerer Zeit in der Bundesrepublik ein marginalisiertes Schattendasein fristet, das eher von Debatten um die "richtige" Ideologie geprägt ist als durch den Willen, Wähler zu gewinnen. Neben der schwachen Verankerung in den alten Ländern leidet die PDS in den neuen Ländern nach wie vor unter permanentem Mitgliederschwund. Dieser ist zwar durch die starke Überalterung der PDS-Mitglieder in erster Linie "biologisch" bedingt, schwächt aber auch hier sukzessiv die Organisationsstruktur.

Die PDS ist aus den Wahlen als ostdeutsche Milieupartei hervorgegangen. Nach der Bundestagswahl zeigen sich zwar erste Anzeichen, dass sie auch in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft Protestwähler gewinnen kann; allerdings auf dem niedrigen Niveau einer Splitterpartei. So erscheinen auch nach der dritten gesamtdeutschen Wahl die Aussichten der PDS, ihre regio-

nale Beschränktheit aufzubrechen, mehr als ungewiss. Sie hat im Westen vor allem dort Erfolge, wo linksextreme Splitterparteien seit den 50er Jahren ihre Hochburgen hatten. Damit knüpft sie auch im Westen überwiegend an Milieus der extremen Linken an. Tendenzen für einen Einbruch in das gemäßigte Wählerpotenzial der Grünen und SPD sind nicht auszumachen. Zwar gelingt es ihr über ihr Kernpotenzial hinaus, politischen Protest für sich zu mobilisieren, jedoch in sehr geringem Umfang. Die PDS ist somit im Westen auch nicht DIE Protestpartei.

Insgesamt befindet sich die PDS somit nach wie vor in dem Dilemma, dass ihr politisches Überleben langfristig nur mit einem Wählerstamm aus den alten Bundesländern zu sichern ist, der sich aber bis dato nicht zeigt. So wurde auch folgerichtig schon auf dem 4. Parteitag der PDS im Januar 1995 die Devise (für die Bundestagswahl 1998) ausgegeben: Entweder wir gewinnen die Wahlen im Westen oder überhaupt nicht. Wie sie potentielle Wähler erreichen kann, weiß sie allerdings nicht. Auch der Parteitag im April 2000 in Münster versuchte mit Anträgen zu den Themen Friedenspolitik, Feminismus, Entwicklungspolitik und Ökologie Konkurrenz zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Grünen aufzubauen, um so das Wählerpotenzial der Grünen im Westen erreichen zu können. Dass dies strategisch misslungen ist, zeigt die Analyse der Inhalte. Die PDS ordnet alles dem Antikapitalismus und den anti-westlichen Ressentiments (insbesondere gegen die USA) unter und kann damit nicht an den inhaltlichen Sachstand der Debatten anknüpfen. Und hierin spiegelt sich auch das programmatische Dilemma der PDS wider. Der Spagat zwischen den spezifischen politischen Ost- und Westinteressen der Wählerschaft, aber auch die Zerrissenheit der Mitglieder in Fundamentalisten und strukturelle Reformer ist schwer zu schließen und wird der PDS auch in Zukunft innerparteiliche Zerreißproben bescheren.

Aus der Wahlgeschichte der PDS kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass es der PDS im Verlauf der letzten Jahre nicht gelungen ist, die Wahlergebnisse dezidiert linker Parteien und Wahlbündnisse im Westen zu verbessern. So konnte sie selbst bei den Europawahlen 1994 und 1999, bei denen auch kleine Parteien von einer weit verbreiteten Denkkzettelmentalität profitieren, nicht im Westen Fuß fassen. Die PDS ist auch eine ostdeutsche Regionalpartei geblieben. Es ist das unauflösbare und vielleicht auch strukturelle Dilemma der PDS, dass ihre politische Strategie zwar in Teilen der

Linken und bei einer begrenzten Anzahl von Protestwählern Erfolg hatte, dass sie aber mit dem Versuch gescheitert ist, bundesweit in breitere Bevölkerungskreise hineinzuwirken.⁴⁸ Somit ist der PDS der Spagat zwischen ihrer spezifisch ostdeutschen Identität einerseits und links- alternativen Avancen im Westen andererseits misslungen.

⁴⁸ Neu, 2000, S. 295 ff.

Literaturverzeichnis:

Deinert, Rudolf Günter, 1997, Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl, St. Augustin.

Falter, Jürgen W./Klein, Markus, 1994, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: APuZ, B 51-52, S.22-34.

Gerner, Manfred, 1994, Partei ohne Zukunft. Von der SED zur PDS, München.

Gohde, Claudia, 1997, Die PDS in Westdeutschland, in: Studien zur inneren Verfasstheit der PDS, Auftraggeber: Parteivorstand der PDS, Berlin.

Heimann, Siegfried, 1983, Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 901-981.

Hoffmann, Jürgen/Neu, Viola, 1998, Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion um ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und PDS, Interne Studie Nr. 162/1998, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), St. Augustin.

Klein, Markus/Caballero, Claudio, 1996, Rückwärtsgewandt in die Zukunft. Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: PVS, H. 2, S. 229-247.

Lang, Jürgen P., 1998, Das Prinzip Gegenmacht. PDS und Parlamentarismus, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Interne Studien Nr. 166/1998, St. Augustin.

Molitor, Ute, 1992, Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.

Molitor, Ute/Neu, Viola, 1999, Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer, Zparl, H. 2, S. 252-267.

Moreau, Partrick (mit Beiträgen von Hermann Gleumes, Gerhard Hirscher, Peter Maser und Manfred Wilke; zit. als et al.), 1998: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Atwerb-Verlag KG, o.O.

Neu, Viola, 1994, Die Anhängerschaft der PDS, in: Patrick Moreau (in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und Viola Neu): Was will die PDS, Frankfurt/M., Berlin, S. 156 ff.

Neu, Viola, 1995a, Die PDS im deutschen Parteiensystem: Wähler und Sympathisanten, in: Lang, Jürgen P./Moreau, Patrick/Neu, Viola, Auferstanden aus Ruinen...? Die PDS nach dem Super-Wahljahr 1994, Interne Studien, Nr. 111/1995, Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Team Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung, St. Augustin.

Neu, Viola, 1995b, Die PDS nach dem Super-Wahljahr: Zwischen Aufbruch und Stagnation, in: CIVIS, H. 2, S. 35ff.

Neu, Viola, 1998a, Die Potenziale der PDS und der REP im Winter 1997/98, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Arbeitspapier, Sankt Augustin, März 1998.

Neu, Viola, 2000, Vorwärts nimmer, rückwärts immer: Die PDS, in: Pickel, Gert/Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen, S. 295-312.

Rattinger, Hans, 1994b, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953-1990, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990, Opladen.

Staritz, Dietrich, 1984, Kommunistische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Bd. 2, S.1663-1810.

Veen, Hans-Joachim, 1995, Zwischen Rekonzentration und neuer Diversifizierung. Tendenzen der Parteienentwicklung fünf Jahre nach der Einheit, in: Winand Gellner/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Umbruch und Wandel in westeuropäischen Parteiensystemen, Frankfurt/M., S. 117 ff.

Wilke, Manfred/Müller, Hans-Peter/Brabant, Marion, 1990, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte-Organisation-Politik, Köln.

Wittich, Dietmar, 1995, Mitglieder und Wähler der PDS, in: Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas, Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder Linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln, S. 58-80.

Die Autorin

Viola Neu

Geb. 1964, Politikwissenschaftlerin,
Teamleiterin „Politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung“ in der Hauptabteilung Innenpolitik und soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung